

Blut und Eisen.

Die

Entstehung des Krieges von 1866

nach den

Enthüllungen Lamarmora's

und der Streit zwischen

Bismarck und Lamarmora.

Von

Wilhelm Blos.



Blut und Eisen.

Die

Entstehung des Krieges von 1866

nach den

Enthüllungen Lamarmora's

und der Streit zwischen

Bismarck und Lamarmora.

Von

Wilhelm Blos.

Chemnitz, 1874.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei Chemnitz
G. Rübner & Co.

Vorwort.

Die Gründe für die Herausgabe dieses Schriftchens sind hauptsächlich folgende:

Einmal ist es Thatsache, daß die Enthüllungen Lamarmora's, trotz des vielen Lärms, den sie verursachten, fast gar nicht gelesen worden sind. Das deutsche Publikum hat sich mit dem begnügt, zum Theil auch begnügen müssen, was ihm die Zeitungen mitgetheilt haben, und wer unser heutiges Zeitungswesen kennt, der weiß, daß von den Zeitungsschreibern selbst nur ein verschwindend kleiner Theil sich die Mühe genommen hat, das Lamarmora'sche Buch auch nur durchzublättern. Die deutsche Presse im Allgemeinen — mit wenigen um so löblicheren Ausnahmen — hat über das Lamarmora'sche Buch nach der Parole abgeurtheilt, welche in den Preßbureaux zu Berlin ausgegeben worden ist.

Dazu kommt, daß das Lamarmora'sche Buch in der Uebersetzung jenen diplomatischen Jargon beibehalten mußte, welcher für die Massen unverständlich und eigentlich nur für diplomatische Mägen verdaulich ist. Und überdies hat Lamarmora seine Mittheilungen in einem Wust von persönlichen Bemerkungen und Notizen gehüllt, welche wohl für die betheiligte Diplomatie, nicht aber für die Masse des Volkes verständlich und von Interesse sind.

Um auch der Masse des Volkes, auch dem armen Manne den Inhalt der Lamarmora'schen Enthüllungen

zugänglich*) zu machen, habe ich die wichtigsten Aktenstücke ausgewählt und aus denselben die Entstehungsgeschichte des Krieges von 1866 zusammenzustellen gesucht. Ich bin dabei leidenschaftslos und durchaus sachlich verfahren und habe mich durchgängig eines eigenen Urtheils enthalten. Der Leser findet einfach die Quintessenz der Lamarmora'schen Enthüllungen, die Rede Bismarcks im preußischen Landtage gegen Lamarmora und die Antwort Lamarmora's. Ich reproduzire nur Aktenstücke und lasse Jeden selbst sprechen. Sein Urtheil mag sich daher der Leser selbst bilden.

Entgegen dem althergebrachten Unwesen, den Personen eine viel größere Wichtigkeit beizumessen, als sie verdienen, habe ich mich weit weniger um Personen, als um thatsächliche Verhältnisse, um die Situation überhaupt gekümmert. Sagte doch Herr von Bismarck selbst zu Barral, wie Letzterer berichtet, am 25. Mai 1866:

„Er sehe keine menschliche Macht, welche im Stande wäre, den Krieg zu verhindern." —

Die Enthüllungen Lamarmora's sind aber weiterhin von großem Werthe in ihrem Verhältniß zu der heute üblichen „Geschichtsschreibung". Die „Stoß- in's Herz-Depesche" und die ihr verwandten Aktenstücke**) sind in der Oeffentlichkeit ein tödtlicher Stoß in's Herz jenes verlogenen und heillosen Systems der Geschichtsfälschung, welche sich in unseren Tagen an die Stelle der Geschichtsschreibung gedrängt hat. Nicht nur unter den Literaten gewöhnlichen Schlages, sondern auch auf den Kathedern

*) Auch der hohe Preis des Buches hat viel beigetragen, demselben den Absatz zu versperren.

**) Die Aktenstücke sind zum größten Theil nach der von Franz Kirchheim in Mainz erschienenen deutschen Uebersetzung gegeben.

der Hochschulen hat sich eine Menge gesinnungs- und charakterloser Individuen gefunden, welche theils gegen klingende Münze, theils aus obligater Servilität und Erfolgsanbeterei eifrigst bemüht sind, die Geschichte zu einem Hymnus auf die bestehenden Gewalten zu verballhornisiren.

Sobald indeß die Masse des Volkes die „göttlichen Rathschlüsse“ kennt, welche vor 8 Jahren auf den Telegraphendrähten zwischen Berlin und Florenz, zwischen Wien und Paris über ihren Häuptern geräuschlos und unsichtbar hin- und herflogen, ist jenen Geschichtsfälschern das Handwerk gelegt. Ich könnte einen solchen deutschen „Geschichtsschreiber“ von nicht unbekanntem Namen nennen, der die „Geschichte“ des Krieges von 1866 vor dem Erscheinen der Lamarmora'schen Enthüllungen geschrieben hat und nun als Lügner dasteht. Aber — „nomina sunt odiosa“!

Es kann mir übrigens nicht einfallen, Herrn Lamarmora die Veröffentlichung seiner Enthüllungen als Verdienst nach der soeben erwähnten Richtung hin anzurechnen. Lamarmora hat, wie er selbst zugesteht, seine Enthüllungen nur an die Oeffentlichkeit gebracht, weil der preußische Generalstabsbericht über den Feldzug von 1866 sich tadelnd über die Operationen der von Lamarmora geführten Mincio-Armee aussprach. Dieser Tadel schmerzte den italienischen General und Staatsmann doppelt zu den bei Custozza erhaltenen Prügeln. Seine Eitelkeit war verletzt.

Es dürfte überhaupt bei jedem Freunde einer vernünftigen Organisation von Staat und Gesellschaft äußerst wenig Sympathie für Herrn Lamarmora übrig bleiben, wenn man erwägt:

In den Jahren von 1860 bis 1871 hat das Königreich Italien, ohne die durch Feldzüge ꝛc. nothwendigen Extraausgaben, verausgabt:

Für die Armee	2,300,000,000 Frcs.
Für die Marine	500,000,000 Frcs.
Für Polizei und Gefängnisse .	500,000,000 Frcs.
Für Justizwesen	300,000,000 Frcs.
Für öffentlichen Unterricht .	141,000,000 Frcs.
Für Handel und Ackerbau . . .	71,000,000 Frcs.
Zusammen	3,812,000,000 Frcs.

Das heißt: die glorreiche Regierung Victor Emanuel's hat innerhalb 10 Jahren 3,300,000,000 Frcs. für dem Volke schädliche, 512,000,000 Frcs. für dem Volke nützlich sein sollende Zwecke verausgabt, bei welch letzterer Summe noch ihre ungerechte Vertheilung auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung in Anschlag zu bringen ist.

Lamarmora war Ministerpräsident des Königs Victor Emanuel vom September 1864 bis Mitte Juni 1866. Er ist also mit verantwortlich für den ungeheuerlichen Mißbrauch, der mit den Erträgnissen der Arbeit des italienischen Volkes getrieben worden ist, und den die eben angeführten wenigen Zahlen so unwiderleglich nachweisen, daß ganze Bände geschichtsfälschender Professoren nicht das Mindeste davon wegdisputiren können.

Zum besseren Verständniß sei noch darauf hingewiesen, daß Lamarmora, durch und durch aristokratisch-junkerlich angelegt, vom Volke nur mit Geringschätzung spricht und daß er nicht verfehlt, dem vor zwei Jahren verstorbenen Napoleon III., dem meineidigen Autor des schmachvollen Staatsstreiches vom 2. December 1851, bei jeder Gelegenheit reichlichstes Lob zu zollen.

Personen sind, wie gesagt, in dieser Schrift Nebensache, die Thatsachen sind allein maßgebend.

Die Herren von der Presse werden ersehen, daß sie hätten Lamarmora viel wirksamer angreifen können, als sie gethan, wenn sie sein Buch gelesen hätten. Lamarmora konnte natürlich nicht „enthüllen", ohne sich selbst zu compromittiren.

Die Presse im Allgemeinen wird je nach Anweisung diese Schrift entweder ganz todtschweigen, oder mit vielem Lärm über dieselbe herfallen. Glücklicher Weise bin ich in der erfreulichen Lage, die hinter dem Triumphwagen der jeweiligen Machthaber herlaufenden und aus der Krippe des Reptilienfonds gefütterten „Macher der öffentlichen Meinung", welcher Art ihr Verhalten gegen diese Schrift auch sein möge, jetzt schon meiner unbeschränkten Verachtung versichern zu können.

Leipzig, 25. September 1874.

Wilhelm Blos.



Die preußisch-italienische Allianz.

Nachdem Oesterreich 1859 die Lombardei an Victor Emanuel hatte abtreten müssen, bestand für diesen die „italienische Frage" darin, ausfindig zu machen, wie man am Besten Venetien dem Königreich Italien „angliedern" könne.

Für Preußen bestand die Lösung der „deutschen Frage" darin, der Doppelherrschaft von Preußen und Oesterreich in Deutschland, dem Dualismus ein Ende zu machen und an dessen Stelle die „preußische Spitze" zu setzen.

Italien und Preußen hatten somit einen gemeinsamen Feind — Oesterreich. Was lag näher, als eine Allianz zwischen den Beiden?

Cavour sandte deshalb im Januar 1861 den Grafen Lamarmora nach Berlin, um dort dem König Wilhelm zu seiner Thronbesteigung zu gratuliren und gleichzeitig die Wünsche des italienischen Cabinets nach einer preußischen Allianz kund zu thun. Der brave Cavour schärfte seinem Gesandten ein zu erklären, daß das Turiner Cabinet bereit sei, den General Garibaldi zu verrathen, falls der König Wilhelm, ein „eifriger Anhänger des Legitimitätsprincips", sich ungünstig über die nationale Bewegung in Italien ausspreche. Diese charakteristische Instruction des „großen Staatsmannes" Cavour datirt vom 16. Januar 1861, zur Zeit, da Garibaldi Gaeta belagerte!

Lamarmora sprach mit dem König von Preußen über die „Seelengröße" der „gezogenen Kanonen" und mit dem Minister Schleinitz über das Festungsviereck und den Papst in Rom. Im Uebrigen bemerkte er, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen etwas gespannt waren. Er fuhr also wieder ab, ohne ein weiteres Resultat erreicht zu haben, als eine genaue Kenntniß des preußischen Militärsystems, das er natürlich vortrefflich fand, und eine Besichtigung der Festungen Köln, Koblenz und Mainz.

Dr. H. Homberger machte in den „preußischen Jahrbüchern" von 1871 die Mittheilung, daß Bismarck schon 1862, wenige Wochen nach seinem Eintritt in das preußische Ministerium, in Turin habe anfragen lassen, wie sich die italienische Regierung im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich zu verhalten gedenke. Diese Mittheilung, obwohl ganz geeignet, um zu beweisen, daß man in Preußen schon sehr bald an einen Krieg mit Oesterreich dachte, wurde im August 1871 von allen Blättern abgedruckt, sogar von denen, die verpflichtet waren, die Bismarck'sche Politik untadelhaft zu finden. Auch hat Niemand diese Mittheilung dementirt.

Wir legen indessen keinen Werth darauf, da Lamarmora kein Actenstück producirt, welches geeignet wäre, die Richtigkeit der Mittheilung des Herrn Homberger zu erweisen.

Das Streben nach einer preußisch-italienischen Allianz nimmt erst bestimmte Formen an im Herbst des Jahres 1865, nachdem im vorhergehenden Jahr, in Folge der Turiner Unruhen, Lamarmora mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden war. Der neue Ministerpräsident Lamarmora war, wie er erzählt, „schmerzlich berührt" von der österreichisch-preußischen Allianz gegen Dänemark, da diese Allianz ihm wenig Hoffnung auf die Erreichung seines Hauptzweckes, die Abtretung Venetiens an Italien, d. h. an Victor Emanuel, einflößen konnte. Dazu kam, daß ein unter dem Ministerium Ratazzi geplanter Handelsvertrag mit Preußen nach einigen „dilatorischen Verhandlungen" in die Brüche gegangen war.

1865 wurde die Residenz Victor Emanuel's nach Florenz verlegt. Zur selben Zeit nahmen die Zerwürfnisse zwischen Preußen und Oesterreich, welche durch die eigenthümliche Situation der beiden Großmächte in Schleswig-Holstein hervorgerufen worden waren, immer größere Dimensionen an, was der lauernde Lamarmora mit um so größerer „Befriedigung", wie er sich ausdrückt, beobachtete, als mit der österreichisch-preußischen Differenz seine Hoffnung auf endliche Heimholung des Schmerzenskindes Venetien ja stetig wachsen mußte.

Im August 1865 — so erzählt Lamarmora — erschien denn auch der preußische Gesandte Usedom bei ihm: „Mit Telegrammen seines Premierministers in der Hand ersuchte er mich zu erklären, welche Haltung Italien in dem wahr=

scheinlichen Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen einnehmen werde."

Der schlaue Italiener ließ sich nicht anmerken, wie sehr er von diesem Ansuchen „befriedigt" war. Er gab ausweichende Antworten und suchte „den kriegerischen Geist und die Eigenliebe der Preußen recht zu reizen."

Da schien der Vertrag von Gastein am 14. August 1865 allen Kriegslustigen einen Strich durch die Rechnung zu machen. Usedom reiste von Florenz ab und „ließ sich zwei Monate lang nicht mehr sehen." Lamarmora aber schickte einen Grafen M. in geheimer Mission nach Wien, um auszukundschaften, ob Venetien nicht gegen eine Geldentschädigung zu erlangen sei. Die Mission des Grafen M. hatte keinen Erfolg.

Lamarmora sollte indessen bald getröstet werden. Italien schloß einen Handelsvertrag mit dem Zollverein ab, der am 12. März 1866 in Berlin ratificirt wurde. Schon am 28. März hatte der König von Preußen das Großkreuz des schwarzen Adlerordens an Victor Emanuel gesandt, und gleich darauf ersuchte Bismarck den italienischen Ministerpräsidenten, wie Letzterer berichtet, im größten Geheimniß einen General, der sein vollstes Vertrauen besitze, nach Berlin zu senden, während ein preußischer General nach Italien kommen sollte.

Der preußische General ist niemals nach Italien gekommen. Nach Berlin aber ging der italienische General Govone.

Man sandte den General Govone in Florenz in der sicheren Hoffnung ab, daß mit Preußen nunmehr das langersehnte Schutz- und Trutzbündniß, die Offensiv- und Defensiv-Allianz zu Stande kommen werde. Das Beglaubigungsschreiben, welches Lamarmora dem General mitgab, spricht dies unumwunden aus.

Govone berichtet über seine Thätigkeit in Berlin an Lamarmora zuerst am 14. März. Seine erste Zusammenkunft mit Bismarck habe bei dem italienischen Gesandten, Grafen Barral stattgefunden, „damit Bismarck der Ueberwachung der Agenten entgehe, die ihn ausspioniren." Bei Barral, erzählt Govone, habe dann ein diplomatisches Gespräch stattgefunden, wo Bismarck sich dahin ausgesprochen habe, „es wäre ihm wünschenswerth, wenn es in diesem Augenblicke in Deutsch-

land eine eben so verwickelte Situation gäbe, wie 1850, weil der Character des gegenwärtigen Königs ihm eine sichere Bürgschaft dafür sei, daß der Krieg die Lösung derselben besorgen werde .... Es sei jetzt seine Absicht, Deutschland in den Zustand einer ähnlichen Verwickelung zu führen, wie jene, um den Zweck zu erreichen, den er sich vornehme, und er gestehe offen, dieser sei kein anderer, als die Befriedigung des Ehrgeizes Preußens, ein Ehrgeiz, welcher sich auf die Herrschaft über Norddeutschland erstrecke, aber zugleich auch beschränke. Es wäre sehr leicht, fügte er hinzu, den Krieg aus der Frage der Elbherzogthümer allein hervorgehen zu lassen, aber ein solcher und so großer Krieg wegen einer so kleinen Frage würde bei der öffentlichen Meinung Europa's Anstoß erregen; dagegen würde Europa einen Krieg, welcher eine umfassendere und nationale Lösung der deutschen Frage zum Zwecke hätte, gerechtfertigt finden! .... Oesterreich müsse sich, nach seiner persönlichen Meinung, als der natürliche Feind Preußens betrachten .... Er habe zuletzt noch dem König Wilhelm ein Experiment vorgeschlagen, Oesterreich zur Theilnahme am dänischen Kriege zu berufen und zu sehen, ob sich auf diese Weise die preußisch-österreichische Allianz befestigen lasse. Dieses Experiment sei vollständig gescheitert, oder besser gesagt, vollständig gelungen, wie er es vorausgesehen. Die natürliche Rivalität Oesterreichs und seine Animosität habe sich lebhafter als je kundgegeben, und das Experiment habe den König und viele Personen von der österreichischen Allianz geheilt. Der König Wilhelm habe jetzt die allzu ängstlich legitimistischen Skrupel aufgegeben, und so könne er ihn nach seinen Absichten leiten."

Govone fährt fort:

„Der Graf Bismarck formulirte alsdann seine Ansichten wie folgt:

„In kurzer Zeit, in drei bis vier Monaten z. B., die Frage der deutschen Reform, verziert mit einem deutschen Parlament, auf's Tapet zu bringen, mit einem solchen Vorschlag und mit dem Parlament Wirren hervorzurufen, welche Preußen bald in Gegnerschaft mit Oesterreich bringen werde. Preußen sei entschlossen, es dann zum Kriege kommen zu lassen, zu einem Kriege,

welchem Europa keine Opposition machen könne, da es sich um eine große und nationale Frage handle."

Alsdann, fügt Govone bei, habe Bismarck gesagt, zur Ausführung dieses Planes — welchen Govone „nicht ganz ohne Verwicklung" findet — bedürfe er eines Vertrages mit Italien. „Er wünsche, daß dieser Vertrag eine jetzt schon von unserer (Italiens) Seite übernommene Verpflichtung wäre, uns diesem Plane Preußens anzuschließen, wohlverstanden, daß Preußen aus Reciprocität*) die Verpflichtung übernehmen würde, daß der daraus erfolgende Krieg gleichzeitig die venetianische Frage lösen müßte."

Der General Govone mochte zwar, wie so viele deutsche Patrioten, über die diplomatische Geschicklichkeit entzückt sein, welche Herr von Bismarck vor ihm entwickelte, aber die Art und Weise, wie Jener den Vertrag formulirt haben wollte, gefiel ihm nicht. Er argwöhnte, man wolle auf diese Weise blos Italien gegenüber Preußen verpflichten, während letzteres volle Aktionsfreiheit behalten wollte. Govone theilte seine Bedenken natürlich Lamarmora mit, und, einmal mißtrauisch gemacht, überbieten sich die zwei Italiener an Vorsichtsmaßregelchen. Mit wunderbarer Einmüthigkeit verfallen Beide sogleich auf den Gedanken, Bismarck wolle zwar die deutsche Frage durch einen Krieg mit Oesterreich lösen, brauche aber, um sich der öffentlichen Meinung gegenüber zu decken, ein „Karnickel, welches angefangen hat", und die Rolle von diesem Karnickel habe er Italien zugedacht.

Lamarmora will natürlich von dieser Rolle ebensowenig wissen, wie Govone, und so bleibt die Sendung des Letzteren vorläufig ohne Resultat.

Ein Traktatentwurf, welchen bald darauf Bismarck dem General Govone vorlegte, sollte nicht ein Schutz- und Trutzbündniß enthalten, sondern nach der Meinung Lamarmora's nur Italien gegenüber Preußen verpflichten. Der Entwurf gelangte deshalb nicht zur Annahme.

Der italienische Gesandte Barral zu Berlin schildert die Situation wie folgt:

„Es bleibt immer die wichtige Frage, zu wissen, wer von Beiden die Initiative des Angriffs gegen Oesterreich ergreifen

*) Gegenseitigkeit.

müßte. Der König (Wilhelm), welcher heute darüber befragt wurde, hat gesagt, das müßte Italien sein. Ich sagte Bismarck, nach meiner Ansicht müsse das Preußen sein."

Die Mission Govone's nach Berlin war unterdessen in Wien schon bei der Ankunft des Generals in Berlin bekannt geworden. Der hannöver'sche Gesandte war einer der ersten, welche die Neuigkeit, die sich „wie ein Lauffeuer" verbreitete, erfuhren. Daß Bismarck den Urheber dieser „Indiscretion" zu bestrafen drohte, änderte an der Sache Nichts. Oesterreich sah sich durch eine preußisch-italienische Allianz bedroht, als deren Vorläufer von ihm schon der italienische Handelsvertrag mit dem Zollverein aufgefaßt worden war. Dem österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi in Berlin, antwortete Bismarck auf eine bezügliche Anfrage, daß Oesterreich und Preußen nunmehr wieder in demselben Verhältniß zu einander stünden, wie vor den dänischen Kriege. Oesterreich begann insgeheim zu rüsten.

Es ist hier wohl geboten, auf die Aehnlichkeit der Situation im Frühjahr 1866 mit jener im Sommer 1870 hinzuweisen. Zwischen ein preußisch-italienisches Bündniß eingeklemmt, sah sich der „Störenfried" Oestereich veranlaßt, zu rüsten, genau wie der Decembermann Bonaparte, der durch die hohenzoller'sche Throncandidatur in Spanien zwischen zwei Feuer zu gerathen drohte, sich gezwungen sah, den „Störenfried" zu machen.

Die Rüstungen Oesterreichs schufen natürlich eine neue Situation. Am 19. März schreibt Barral:

„Die Vermittlung Englands ist Preußen angeboten worden, welches sie abgelehnt hat, indem es seinen Gesandten in London beauftragt hat, zu erklären, es (England) müsse sie an Oesterreich richten, den wahren Angreifer und Verletzer des Vertrages von Gastein.

„Als mir Bismarck, welcher in einem Zustande heftiger Aufregung war, diesen Zwischenfall soeben mittheilte, fragte er mich plötzlich, ob Italien geneigt wäre, den Krieg unmittelbar an Oesterreich zu erklären, indem er beifügte, daß in diesem Falle Preußen alsobald nachfolgen und ihn seinerseits erklären werde.

„Ich antwortete: Ich glaube nicht, daß die Regierung des Königs geneigt wäre, die Verantwortlichkeit für eine Initiative zu übernehmen, welche mir unter den gegenwärtigen Umständen

vor Allem Preußen zuzukommen scheine, aber daß überdem allein er berufen sei, sich über eine solch wichtige Frage auszusprechen. Angenommen, fügte ich bei, Italien entschlösse sich, die Offensive zu ergreifen, würden Sie sich durch einen formellen Vertrag verpflichten, sie nicht blos alsobald, sondern Tages darauf ebenfalls zu ergreifen?

„Bei dieser Frage sah ich Bismarck vollkommen stocken, und er sagte mir endlich: „Da müßte ich noch einmal den König befragen und wenn er sich weigern sollte, würde ich ihm meine Demission anbieten."

Barral, ein geriebener Diplomat, ging zwar in Frankfurt mit Bismarck Arm in Arm, aber er rieth doch Lamamora von solchen „dunklen Eventualitäten" ab, während Lamamora meinte, daß ihm die Demission Bismarcks, für den Fall, daß Italien einen Krieg mit Oesterreich vom Zaune breche und dann sich Oesterreich gegenüber allein finde, keine Satisfaktion biete.

Aber die Ereignisse drängen. Am 21. März telegraphirt Barral an Lamarmora:

„Die Rüstungen Oesterreichs haben die Situation tief modificirt und die Wahrscheinlichkeit des Krieges bedeutend vermehrt. Die Gründe des Grafen Bismarck auf einen eventuellen Vertrag zu dringen sind: Der eine, um auf die Entschlüsse des Königs drücken zu können, der andere, um gegen ein Arrangement in Sicherheit zu sein, welches Oesterreich uns in Bezug auf Venetien vorschlagen könnte. Könnte man unter diesen Umständen nicht vielleicht den eventuellen Vertrag annehmen, aber mit Fixirung einer Frist von zwei Monaten, während deren Preußen seinen casus belli*) finden könnte, und nach deren Ablauf wir unsere Actionsfreiheit wieder erlangen könnten?"

Dieser Vorschlag wurde von Lamarmora selbstverständlich ebenfalls abgelehnt.

Am 27. März telegraphirte Barral den Text eines Allianz-Vertrages, welcher damit beginnt, daß „Freundschaft und Allianz zwischen Ihren Majestäten, dem König von Preußen und dem König von Italien bestehen."

---

*) Kriegsfall.

Der Vertrag sollte für drei Monate gelten und war auch der Fall einer Expedition der italienischen Seemacht in die Ostsee vorgesehen.

Aber obwohl der „Freundschafts- und Allianzvertrag" bestimmtere Formen annahm, als alle bisherigen Vorschläge Preußens und obwohl Govone meldete, daß Bismarck dringend die Unterzeichnung wünsche, ging der mißtrauische Lamarmora doch nicht darauf ein. Die Zeitdauer war ihm nicht „genehm"; auch wollte er besonders stipulirt haben, daß Italien auch das Recht habe, das Trentin oder obere Etschthal zu annectiren. Govone gar glaubte, der Vertrag sei nur bestimmt, Oesterreich zu erschrecken, damit Preußen die Herzogthümer Schleswig-Holstein ohne Schwertstreich erlangen könnte.

Am 29. März meldet Barral, daß Preußen nunmehr auch rüste. „Indessen sagte Bismarck, indem er noch heute von den Bedenken des Königs sprach: Ich hoffe ihn zum Kriege fortzureißen, aber ich werde meine Hand nicht in's Feuer stecken."

Sowohl der Text des Vertrages vom 27. März spricht von der „Vorsehung", wie auch die Redensarten der verschiedenen Diplomaten in Berlin, Florenz, Wien und Paris sich sehr viel mit den „göttlichen Rathschlüssen" und dem „Walten der Vorsehung" beschäftigen. Gerade die von Lamarmora veröffentlichten Actenstücke aber dürften mit nicht anzuzweifelnder Sicherheit beweisen, daß die „Vorsehung" in Menschengestalt auf zwei Beinen umherlief und die „göttlichen Rathschlüsse" nach allen Richtungen der Windrose auf den Telegraphendrähten umherflogen.

Napoleon III., damals noch der Wettermacher in der europäischen Politik, hatte selbstverständlich die Hände in dem diplomatischen Spiel zwischen Wien, Berlin und Florenz. Italien, d. h. Victor Emanuel hatte dem Decemberschlächter allerdings viel zu verdanken; daher der knechtselige Ton, in welchem Lamarmora verfällt, sobald er von dem „Kaiser der Franzosen" spricht. Indessen spielte Bonaparte nur den „Wohlwollenden" und gab durchaus keine bestimmten Zusagen. Er sagte den Italiern offen, daß Oesterreich die Provinz Venetien nur durch den Krieg gezwungen, abtreten werde, da der italienische Gesandte in Paris, der bekannte Ritter Nigra, vorgeschlagen hatte, die Donaufürstenthümer sollten

an Oesterreich zum Ersatz für Venetien abgetreten werden. Nigra schlug auch Lamarmora vor, einen sogenannten generischen*) Vertrag zu unterzeichnen, in welchem sich Italien verpflichten sollte, „in gewissen Kriegseventualitäten einen speciellen Offensiv- und Defensiv-Allianzvertrag mit gemeinsamer unzertrennlicher Action und bestimmten Zwecken" zu unterzeichnen.

Man wird es selbstverständlich finden, daß Lamarmora es ablehnte, sich zur Unterzeichnung eines Vertrages zu verpflichten, dessen Wortlaut er nicht kannte!

Bei alledem schien die „Vorsehung" doch Frieden halten zu wollen. Trotzdem Herr Nigra am 23. März schon mit Napoleon über „eine Landung an den österreichischen Küsten, um in Ungarn einzudringen" verhandelte — ein Rath, bemerkt hierzu Lamarmora, welcher uns durch ein seltsames Zusammentreffen auch aus Berlin zukam — so telegraphirt Barral am 1. April, daß Oesterreich in Berlin versichert habe, es wolle nicht angreifen, und fügt hinzu: „Herr von Bismarck ist immer mehr in Verlegenheit, einen casus belli zu finden."

Govone fügt hinzu, daß die österreichischen Rüstungen von den preußischen Zeitungen absichtlich vergrößert worden seien und daß namentlich das Heer nicht für den Krieg mit Oesterreich schwärme, sondern daß in demselben vielmehr Sympathie für die österreichische Armee vorhanden sei. In einem Schreiben vom 6. April berichtet Govone über ein Gespräch mit Bismarck, nach welchem die Haltung Bayerns eine sehr unentschiedene war. „In Bezug auf Bayern sagte mir Bismarck, es hätte der Kern eines zweiten deutschen Reiches sein können. Süddeutschland passe für Preußen nicht, sowohl wegen der Religionsverschiedenheit, als weil man von Berlin aus die südlichen Provinzen, welche das Calabrien Preußens wären, nicht gut regieren könne."

Govone erzählt noch, er sei nach einem Besuche bei Benedetti dem „großen Schweiger" Moltke begegnet: „welcher mir sagte, die letzten Nachrichten von Bayern lauten dahin,

*) Ein willkürlich gebildetes Wort, über welche nur die specielle Gramatik „genialer Staatsmänner" Auskunft geben kann.

daß es nicht rüste. Dies würde dem Grafen Bismarck eine seiner Hoffnungen rauben."

Am 8. April wurde endlich der Offensiv- und Defensiv-Allianz-Vertrag zu Berlin von den italienischen Bevollmächtigten unterzeichnet. Es wurde beschlossen, daß der Vertrag geheim bleiben solle. Lamarmora theilt den Inhalt des Vertrages ebenfalls nicht mit, und bemerkt nur, daß es ein Schutz- und Trutz-Bündniß für drei Monate gewesen sei.

Lamarmora hält den officiellen preußischen Bericht über den Krieg von 1866 gegen diesen Vertrag, wo es heißt, nachdem gesagt ist, daß Preußen nicht die Absicht hatte, Oesterreich anzugreifen:

„Daraus erklärt sich, daß man von Anfang an mit dem General Govone, dem Unterhändler Italiens, nur in ganz allgemeinen Ausdrücken gefaßte Conventionen hatte abschließen können. Man hatte bei diesen Unterhandlungen Sorge getragen, die Interessen Deutschlands vollständig zu wahren. Die Depeschen vom 26. April gaben ihnen eine bestimmtere Form, und sowie Oesterreich zuerst die Rüstungen Preußens motivirt hatte, provocirte es auch die Italiens."

Nach dem preußischen Bericht ist also Oesterreich „das Karnickel, welches angefangen hat."

Lamarmora dagegen will gar keine „in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefaßte Conventionen" kennen; er behauptet, Govone habe nur einen einzigen Vertrag abgeschlossen, „bezüglich dessen sich der preußische Bericht in den Kopf zu setzen scheint, noch immer den von Italien stets zurückgewiesenen famosen generischen Vertrag zu erblicken."

Es läßt sich hier nichts weiter sagen, da Lamarmora den Text des am 8. April abgeschlossenen Vertrages nicht veröffentlicht hat.

Es wird sich indeß zeigen, welche Bedeutung der Vertrag für Preußen und welche er für Italien hatte, wenn wir dem Verlaufe der Dinge bis dahin gefolgt sind, wo die Bedingungen des Vertrages in Kraft treten sollen.

Als interessant wollen wir noch einen Brief Barrals anführen, worin dieser schilderte, wie die preußischen Diplomaten

der alten Schule die Politik ihres Premierministers nicht verstehen. Es heißt dort (7. April):

„Herr von Bismarck sagte mir gestern in der äußersten Aufregung, die ganze preußische Diplomatie arbeite gegen seine kriegerischen Projecte. Der preußische Gesandte in London habe sich ganz von der Partei des ..... beherrschen lassen. Der Gesandte ist so weit gegangen, daß er in einer seiner letzten Depeschen geschrieben hat, wenn Italien sich mit Preußen verbinde, so würde es vom Kaiser Napoleon desavouirt werden. ..... Aus Florenz schreibt Herr von Usedom, die Regierung des Königs habe erst kürzlich noch geheime Schritte bei Oesterreich gethan, um die Abtretung Venetiens zu erlangen, welches (Oesterreich) sie zurückgewiesen habe. Ebenso hat er geschrieben, daß der Prinz Napoleon bei seiner Reise nach Florenz sich im Namen des Kaisers ermächtigt erklärt habe, von einer Allianz mit Preußen abzurathen. Herr von Bismarck ist gegen den Grafen Usedom sehr aufgebracht und spricht von Nichts Geringerem als von seiner Abberufung."

Selbstverständlich leugnet Lamarmora, was jeder andere Diplomat auch gethan hätte, die „geheimen Schritte" Victor Emanuel's in Wien ab, und erklärte, daß er Usedom für seine „irrigen Informationen" tüchtig gerüffelt habe. Dieser Unglückliche, der hier zwischen das Feuer zweier leitenden Staatsmänner kam, mußte in der Folge noch andere Lasten auf seine gräflichen Schultern nehmen, um die ihn sicherlich kein Tagelöhner beneiden wird.

Indessen wurde der preußisch-italienische Vertrag am 15. April 1866 in Florenz ratificirt.

Wie man zum Krieg kam.

Man stieß also zu Wien wie zu Berlin in die Kriegs-Trompete. Am 10. April meldet indessen Barral nach Florenz in einer officiellen Note „Oesterreich erwarte, daß die preußische Regierung die im Berliner „Staatsanzeiger" veröffentlichte Rüstungsordonnanz zurücknehmen werde."

Die Note fügt bei, „daß Oesterreich, da es nicht gerüstet habe, auch nicht zu entwaffnen brauche .... Herr von Bismarck ist wüthend über diese Art von Sommation, die er als impertinent bezeichnet. Die Situation gestaltet sich durch diesen neuen Zwischenfall enorm schwierig."

Am folgenden Tage fügt Barral hinzu, daß die österreichische Note noch besage:

„Wenn Preußen nicht entwaffnet, kann Oesterreich nicht lange gleichgiltiger Zuschauer bleiben."

So geht's eine Weile fort. Niemand will zuerst gerüstet haben. Am 10. April aber telegraphirt Barral:

„Nach der ersten, von dem preußischen Gesandten in Wien übermittelten Nachricht scheint es mir wahrscheinlich, daß Oesterreich die Initiative zur Zurückziehung der Truppen ergreifen wird ...... Herr von Bismarck ist sehr unzufrieden über die friedliche Wendung, welche der Conflict zu nehmen scheint."

Diese „friedliche Wendung" schien denn auch die Oberhand zu gewinnen, denn es wurde bestimmt, und zwar auf den Vorschlag Oesterreichs und, wie Lamamora glaubt, durch den Einfluß Englands, daß Oesterreich am 25. und Preußen am 26. April mit der Abrüstung beginnen sollten.

Man mag hieraus auf die Zuverlässigkeit offizieller Noten schließen. Es hatten also doch beide Theile gerüstet, sonst wäre eine „Abrüstung" nicht nöthig gewesen.

Aber es kam nicht zu der „Abrüstung." Wer auf Frieden gehofft hatte mußte sich getäuscht sehen.

Denn plötzlich, am 23. April, erklärt Oesterreich, daß es „nicht ohne vorsorgliche Maßregeln bleiben könne, da Italien in Piacenza und Bologna Truppen zusammen ziehe."

Lamarmora gibt sich viele Mühe, zu demonstriren, daß diese Truppenzusammenziehungen nicht stattgefunden hätten und daß Oesterreich einen einfachen Garnisonswechsel von zwei Regimentern für Truppenzusammenziehung gehalten habe. Merkwürdig ist indessen, daß diese einfachen „Truppenzusammenziehungen" die schon beschlossene Abrüstung von Preußen und Oesterreich verhindern, und daß, wie wir sehen werden, statt zweien plötzlich drei und später noch mehr Mächte gerüstet dastehen.

Es ist aus dem Buche Lamarmora's nicht abzusehen, ob die Truppenbewegungen in Italien absichtlich bewerkstelligt wurden und auf wessen Veranlassung sie berwerkstelligt wurden. Es ist nur soviel gewiß, daß Oesterreich in Folge dieser Bewegungen gerüstet blieb und daß auch Preußen nicht abrüstete.

Napoleon ließ Italien sagen, es sollte nicht rüsten. Lamarmora ist „schmerzlich berührt", daß er diese „außerordentlich günstige Gelegenheit" (Venetien zu erhaschen) fahren lassen soll.

Da erließ der österreichische Minister des Auswärtigen eine Note an den österreichischen Gesandten zu Berlin, zur Mittheilung an Preußen, worin erklärt wurde, daß gegen Preußen abgerüstet werden solle, daß Oesterreich sich aber in die Lage versetzt sähe, seine italienische Armee durch Einberufung der Reserven auf den Kriegsfuß zu bringen, da Victor Emanuel Venetien anzugreifen beabsichtige.

Mittelst eines eigenthümlichen Verfahrens der „Vorsehung" war diese Note des österreichischen Ministers Mensdorff, die vom **26.** April 1866 datirt ist, schon am **25.** April Abends in den Händen Lamarmora's und zwar machte sie den Umweg über Berlin.

Lamarmora greift mit beiden Händen nach dem casus belli, den ihm die „Vorsehung" über Berlin zugeschickt und erläßt am 27. April — er hätte es schon am 26. gethan, wäre nicht die Note Mensdorffs vom 26. datirt gewesen — ein Circularschreiben an seine diplomatischen Vertreter, worin er ankündigt, daß Italien wohl einige „elementäre Vorkehrungen" behufs „gewohnter Ausführnng der Conscription" getroffen, keineswegs aber „Truppenconcentrationen" vorgenommen habe, wie Oesterreich behaupte. Italien sehe sich von Oesterreich plötzlich bedroht und müsse deshalb seine Land- und Seemacht ohne Verzug verstärken.

Napoleon „bedauert" natürlich die Rüstungen Italiens.

Aus Berlin aber meldet Puliga, der Vertreter des abwesenden Govone, am 29. April:

„Angesichts der österreichischen Depesche, die gestern*)

---

*) Man bemerke, daß Lamarmora den Inhalt der „Depesche", die officiell am 28. April in Berlin übergeben wurde, bereits am 25. April kannte!

hier übergeben wurde und die Rüstungen Italiens zum Vorwand nimmt, um die Abrüstung zu verweigern, weigert auch Preußen zu entwaffnen. Bismarck hat dem König vorgeschlagen, die gesammte Armee auf den Kriegsfuß zu bringen, was man bereits bei den an der Grenze stehenden Corps gethan hat."

In seiner officiellen Note an Oesterreich vom 30. April rechtfertigte Bismarck die Haltung Italiens, erklärte aber darin nicht, was der preußische Gesandte zu Wien, Herr von Werther, dort am 26. April erklärt hatte, nämlich, „daß Preußen im gegenwärtigen Stand der Dinge Italien zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts als nothwendig betrachte und einem Angriffe auf Italien gegenüber nicht gleichgiltig bleiben könne."

Von dieser Erklärung durfte Werther keine Copie zurücklassen und sie fehlte vollständig in der officiellen Note Bismarcks, worüber Lamarmora, der mit seinem raschen entschlossenen Vorgehen Preußen einen großen Dienst geleistet zu haben glaubte, nicht wenig ergrimmt war.

So standen drei Mächte gerüstet da. Man wird überzeugt sein, daß unter den obwaltenden Verhältnissen jener Krieg, welcher im Juni und Juli 1866 in Böhmen, am Main und am Po ausgefochten wurde, schon Ende April 1866 unvermeidlich geworden war. Man wird gut thun, dies zur Beurtheilung der in die Zwischenzeit fallenden Ereignisse nicht aus den Augen zu verlieren.

Es fehlte, um mit Bismarck zu reden, nur der, welcher die Lunte an die Pulvertonne legte. Warum es Mitte Juni wurde, bis dieser Feuerwerker sich fand, werden wir sehen.

Der wieder in Berlin anwesende Govone pochte nun auf den am 8. April abgeschlossenen Allianzvertrag und fragte an, ob Preußen bereit sei, den Krieg an Oesterreich zu erklären, sobald letzteres ihn an Italien erkläre.

Ueber die Antwort Bismarcks auf diese Anfrage berichtet Govone am 2. Mai:

„Bismarck hat zu mir gesagt, man sei im Principe entschlossen, die Rüstung zu verstärken. Im Conseil der Generale ging der Wunsch dahin 50,000 Pferde für die Artillerie und Munition anzukaufen und die Reserve-Cavallerie auf die Beine

zu stellen, während der immer zaudernde König nur in geringem Grade rüsten will. Die schließliche Entscheidung dürfte spätestens in zwei bis drei Tagen getroffen sein. Um einen Begriff von der Ausdehnung zu gewinnen, die man hier den Verpflichtungen gegen uns beilege, sagte ich zu dem Grafen Bismarck, daß Oesterreich, und spätestens in einem Monate, bereit wäre und daß dann der Krieg in Italien ausbrechen könne, und fragte ihn, ob Preußen nicht besser thäte, seine Rüstungen danach einzurichten, und ob er bereit wäre, Oesterreich nach dem Allianzvertrage den Krieg zu erklären, wenn Oesterreich Italien den Krieg erkläre. Er sagte mir, daß der König dem Vertrage nicht diese Tragweite beilege und daß er nicht glaube, daß die Verpflichtung nach dem Wortlaute wechselseitig sei. Ich fügte dann hinzu, ob man nicht die Stipulationen completiren und in einer Militär-Convention die vollständige Wechselseitigkeit einfügen könnte. Er sagte hierauf, der König weigere sich gegen eine Verpflichtung, Oesterreich den Krieg zu erklären, wenn der Krieg in Italien ausbräche, da er uns nicht ermuthigen wolle, die Dinge aufs äußerste zu treiben. Das preußische Ministerium glaube aber trotzdem, daß diese Eventualität nothwendig durch die Umstände herbeigeführt würde, und es knüpfe seine Existenz daran, einen Kampf zwischen Oesterreich und Italien nicht ausbrechen zu lassen, ohne sofort daran theilzunehmen. Er hat mich ermächtigt, Eurer Excellenz das zu erklären, indem er hinzufügte, uns auf die Macht der Umstände und der wichtigsten preußischen Interessen zu verlassen, wenn selbst das Zögern des Königs ihm nicht gestatten würde, seine Signatur zu erlangen. Ich fragte ihn, ob Preußen geneigt wäre, fünf Millionen für Ungarn zu opfern. Er erwiderte, man kenne weder das Land, noch die Leute; er fürchte das Geld unnütz hinauszuwerfen, zumal die minutiösen*) Formalitäten der preußischen Regierung es absolut unmöglich machen, eine solche Summe selbst für einen so wichtigen Gegenstand aufzubringen."

Lamarmora, welcher im Verlaß auf die preußische Allianz einen verwegenen Schritt gethan hatte, konnte natürlich von dieser Depesche nicht sonderlich erbaut sein, trotzdem ihm „die

*) ins Kleinste gehenden.

Macht der Umstände" als Bundesgenosse zugeschoben wurden, um ihn zu beruhigen.

Als linderndes Pflaster für die breite Wunde, welche das Telegramm Govone's in das von San Marco träumende Herz Lamarmora's geschlagen haben mußte, folgte am selben Tage noch ein zweites Telegramm Govone's:

„Bismarck ließ mich diesen Abend in aller Eile rufen. Ich habe, sagte er, dem König die beiden Fragen vorgetragen, die Sie gestern Abend vor mir aussprachen. 1. Was Preußen thun würde, wenn Italien Oesterreich angreife? 2. Was Preußen thun würde, wenn Oesterreich Italien angreife? Und ich sagte ihm, daß ich auf die zweite Frage geantwortet habe, daß Preußen Streit mit Oesterreich anfangen würde. Der König hat diese Antwort vollkommen gebilligt. Was die erste Frage betrifft, rathe der König Italien frei und offen sich jedes Angriffes zu enthalten. Ich fragte Bismarck, ob er betreffs der preußischen Rüstungen einen Plan gefaßt habe. Bismarck antwortete, daß man morgen im Ministerrathe beschließen werde, daß aber der König heute gesagt habe, er fände Niemanden mehr um sich, der ihm nicht sagte, er verrathe sein Land, wenn er nicht rüste. Daraufhin glaubte Bismarck, daß er morgen die Mobilisations-Ordre signiren werde. Ich habe ferner Bismarck um seine Meinung gefragt, ob er ein Arrangement zwischen Preußen und Oesterreich, das uns isoliren würde, für unmöglich halte. Er antwortete mir, keine Concession von Seiten Oesterreichs könnte Preußen weiteres für die Unzukömmlichkeiten eines Arrangements schadlos halten. Daß er aber, wenn Oesterreich Concessionen machen würde, die man absolut nicht zurückweisen könne, in diesem Falle uns rechtzeitig und loyal verständigen werde, und daß in keinem Falle die Arrangements derart wären, daß Italien allein gegenüber dem gerüsteten Oesterreich stünde."

Dazu telegraphirt am selben Abend Barral:

„Meiner Ansicht nach haben wir mehr auf uns selbst und auf Frankreich zu rechnen, als auf Preußen."

Lamarmora war natürlich in keiner geringen Aufregung. Abgesehen von den politischen Folgen der preußischen Interpretation des Offensiv- und Defensiv-Allianz-Vertrages — so hieß der Vertrag wirklich in den einleitenden

Worten desselben, die Lamarmora veröffentlicht — wurde Lamarmora auch noch von dem Grauen vor der öffentlichen Meinung geschüttelt, die den Minister, der einen solch leicht zu deutenden Vertrag abgeschlossen, als den Düpirten betrachten mußte, wie er sich dachte.

Wir kennen den Wortlaut des Vertrages nicht, können also die Bedeutung der öffentlichen Meinung für diesen Fall nicht ermessen.

Lamarmora sandte indessen noch am 2. Mai Abends ein Telegramm an Barral ab, worin er gegen die preußische Auslegung des Vertrages protestirte. Das Telegramm lautete:

„Sagen Sie dem Grafen Bismarck, daß Italien keineswegs die Absicht habe, Oesterreich anzugreifen. Im Falle einer Aggression von Seiten Oesterreichs gegen Italien aber verpflichte ein Offensiv- und Defensiv-Allianz Preußen, seinerseits die Feindseligkeiten zu beginnen und fortzusetzen. Wenn unsere Verbindlichkeiten gegen Preußen und die Politik, die wir deshalb verfolgen müssen, die einzige Ursache des Angriffes von Seite Oesterreichs gegen uns wären, sehe ich nicht ein, wie der König sich frei und ledig gegenüber Italien glauben könne, noch wie Preußen sich den gegenseitigen Verpflichtungen einer Offensiv- und Defensiv-Allianz entziehen dürfe. Lassen Sie keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Regierung des Königs hier vollständig Herr der Situation ist, und daß nicht zu befürchten steht, daß wir, sondern daß vielmehr Oesterreich es ist, das die Dinge auf's Aeußerste treiben könnte."

Am 4. Mai meldet Barral, daß ein Befehl des Königs von Preußen, 150,000 Mann mobil zu machen, bereits expedirt sei. Bismarck, fügt Barral hinzu, sei der Meinung, daß Preußen wegen des geheimnißvollen Benehmens Napoleons nicht vollständig mobil machen könne.

Am 5. Mai, während Lamarmorra über „reiflichen Erwägungen" brütete, erhielt er aus Paris ein Telegramm von Nigra, worin es hieß:

„Der Kaiser hat mich heute rufen lassen. Er hat mir gesagt, Oesterreich habe ihm den förmlichen Vorschlag gemacht, Venetien abzutreten, unter der Bedingung, daß man Oesterreich frei gewähren lassen würde, sich an Preußen zu entschädigen. Die Abtretung würde an Frankreich geschehen,

welches es ohne Bedingung an Italien überlassen würde. Der Kaiser hat mich gefragt, ob wir unser Engagement mit Preußen brechen könnten."

Lamarmora antwortet ihm sofort:

„Ihre wichtige Depesche erhalten, erwarte mit Ungeduld den Courier. Mein erster Eindruck ist, daß es eine Ehren- und Loyalitätssache sei, uns nicht von Preußen loszumachen, zumal da es gerüstet und an alle Mächte die Erklärung abgegeben hat, daß es Oesterreich angreifen werde, wenn dieses uns angreift. Da aber der Vertrag am 8. Juli abläuft, könnte man die Sache mit einem Congreß ordnen. Der Kaiser möge nicht vergessen, daß er uns den Vertrag mit Preußen angerathen hat."

Lamarmora hätte sicherlich besser gethan, wenn er in seinem Buche nicht angegeben hätte, was ihn zu dieser Antwort getrieben. Er sagt nämlich: „In der Politik muß man mehr auf die Moralität der Handlungen sehen, als im Bereich der Gesetze." Solche Phrasen stehen einem „enthüllenden" Diplomaten verflucht schlecht an. Wir müssen sie indeß der begreiflichen Aufregung des italienischen Ministerpräsidenten zu Gute halten.

Am 6. Mai telegraphirte Barral von Berlin:

„Die österreichische Antwort auf Förderung einer allgemeinen Entwaffnung lautet entschieden verneinend. Herr von Bismarck hat mir soeben gesagt, daß man von jetzt an die preußische Armee als vollständig mobil betrachten könne. ...... Trotz der Wucht der letzten Maßnahmen hat der König immer noch friedliche Absichten, aber Bismarck hält es für gewiß, ihn nachzuziehen. Allerdings wird, von directer Herausforderung abgesehen, Preußen nicht zuerst angreifen .... Man ist auf das Höchste präoccupirt von den, wie man versichert, sehr lebhaften Unterhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich, um Italien schadlos zu halten, und welche bis zum Anerbieten der Rheinlinie an Frankreich gegangen wären. Auf die Bemerkung, die ich ihm über das Gefährliche eines solchen Anerbietens Seitens einer deutschen Macht äußerte, antwortete Bismarck mit einem Achselzucken, das sehr klar andeutete, er schrecke eintretenden Falles auch nicht vor diesem Mittel zurück."

Unterdessen war Govone nach Paris gereist, wo ihn Napoleon nicht empfing, „um die Commentare der Journale zu vermeiden." Er muß aber dort doch ungemein wirksam eingegriffen haben, denn alsbald telegraphirt der officielle Sündenbock Lamarmora's, der Ritter Nigra:

„Govone hält es auch für sehr schwierig und wenig loyal, sich von Preußen loszusagen. Er ist überzeugt, daß Preußen völlig entschlossen ist, das Schwert zu ziehen und zwar gegen Beginn des nächsten Monates, sowie daß Preußen in jedem Falle den Krieg erkläre, wenn wir angegriffen würden. Unterdessen wird Frankreich den Congreßvorschlag*) machen. Eine der Grundlagen wird die Cession Venetiens bilden."

Lamarmora kommt diese Nachricht „angenehm".

Es ist leicht einzusehen, daß der Vorschlag eines Congresses zur friedlichen Lösung der obschwebenden Differenzen nur eine Komödie sein konnte.

Nachdem Govone eine lange Denkschrift an Herrn Nigra abgefaßt, um diesen über die Situation völlig in's Klare zu setzen, ging er wieder nach Berlin ab. In dieser Denkschrift, datirt vom 7. Mai 1866, macht Govone Preußen heftige Vorwürfe und sagt:

„Meines Ermessens handelt es sich darum, zu wissen, ob Frankreich intervenirt, bevor wir irgendwie über den österreichischen Vorschlag**) schlüssig geworden.

„Herr von Bismarck hat von der Haltung Frankreichs und seiner Politik günstig gesprochen, welche Haltung ihm aber die Freiheit gewähre, sich nach seinem Wohlwollen bezahlt zu machen. Herr von Bismarck wünscht die Intentionen und Wünsche des Kaisers (Napoleon) kennen zu lernen; er hat dies Herrn von Barral nahe gelegt und ihn beauftragt, er möge versuchen, durch Herrn Commandatore Nigra etwas Genaueres davon zu erfahren; ja er gab sogar Veranlassung zu glauben, er sei geneigt, ihm das Rheinufer zu überlassen; dann erzählte er Herrn von Barral, seine Agenten hätten ihn unterrichtet, daß der Kaiser mit Oesterreich unterhandelte und

---

*) Der Vorschlag eines Congresses zur „friedlichen Lösung" der schwebenden Differenzen ging von Napoleon III. aus.

**) Die Abtretung Venetiens an Frankreich.

Oesterreich, wie er glaubt, diesem Venetien abtreten und ihn selbst verpflichten wollte, sich des linken Rheinufers zu bemächtigen. Aber dieser (Herr von Barral) rief aus: Oester= wird sich Deutschland gegenüber gewiß nicht so compromittiren, daß es Länder opferte, welche Bundesgebiet sind. Herr von Bismarck machte darauf eine Geberde, die offenbar besagen wollte: ich würde es auch abtreten".

Wir führen diese Stelle deshalb an, weil in der bekannten Kammersitzung zu Berlin am 16. Januar 1874 der jetzt verstorbene ultramontane Abgeordnete von Mallinckrodt, sich auf dieselbe bezog und dadurch seine Debatte mit Fürst Bismarck hervorrief, welche wir weiter unten schildern werden.

Am 9. Mai telegraphirte Barral aus Berlin:

„Um die Meinung des Landes zu gewinnen, und die zur Führung eines Krieges nothwendigen Gelder zu erlangen, soll ein neues preußisches Parlament einberufen werden."

Nun kommt das kurze Intermezzo der von Napoleon angeregten Congreßidee, welche Lamarmora gleich von vornherein eine Todtgeburt nennt. Die Sachlage war folgende: Die Regierungen von Frankreich, England und Rußland (das friedliche Rußland!) luden Italien, Preußen, den deutschen Bund und Oesterreich zu einer Zusammenkunft ein, „zur Besprechung der schwebenden Streitfragen über die Elbherzogthümer, die deutsche Bundesreform und über Venetien."

Italien und Preußen hatten schon vor der officiellen Einladung, welche am 24. Mai erfolgte, erklärt, sie würden eine Einladung zum Congreß annehmen, jedoch ohne Aenderung ihrer Rüstungen, und zwar erklärte dies Italien am 8., Preußen am 14. Mai.

Auf das Gerücht hin, daß Venetien an Frankreich abgetreten sei, schreibt Lamarmora unterm 14. Mai an Nigra nach Paris:

„Offen gesagt: ich, der ich stets eine friedliche Lösung der venetianischen Frage zu erleichtern gefühlt, würde den Krieg einer solchen Lösung vorziehen."

Er will Venetien nicht „als Geschenk von Frankreich."

Am 19. Mai telegraphirte Barral aus Berlin:

„Bismarck sagte mir soeben, daß Preußen den von Frankreich, England und Rußland vorgeschlagenen Congreß annimmt, jedoch ohne Entwaffnung.

Er denkt, daß Oesterreich auf seine erste Weigerung*) zurückkommen werde.

Wenn dasselbe ebenfalls annimmt, hat er gesagt, so führt das Alles zu Nichts. Wir werden nur Zeit haben, unsere Rüstungen zu beendigen und von dem Congreß weg gehen wir in den Krieg."

Govone berichtet aus Berlin am 22. Mai über eine Unterredung, welche er mit Bismarck gehabt. Nach seiner Meldung beschwerte sich Bismarck über die Haltung Frankreichs und sagte namentlich, daß Napoleon „für jegliche Erklärung gänzlich unzugänglich" sei.

Govone sagt darauf: „Ich nahm dann das Wort, um zu bemerken: Aber ganz Europa weiß, welches die Ansprüche Frankreichs sind und vielleicht sind das auch die Wünsche des Kaisers.

Graf von Bismarck erwiderte: Es handelte sich schließlich für Preußen in dieser ganzen Angelegenheit darum, ein Uebergewicht in einem Theile Deutschlands zu erwerben und letzteres mit gegebenen Banden an sich zu fesseln. Kann es, Preußen, kann er, der König, ausgedehnte Provinzen mit deutschem Blute an Frankreich abtreten? Es würde dem Kaiser viel besser anstehen, ...**) zu erwerben.

Ich erwiderte, daß die Erwerbung ......**), welches ein so blühendes nationales Leben und ein so reges Selbstständigkeitsgefühl besitze, so schwierig sein könnte, daß es den Kaiser nicht darnach gelüstete — —."

Auch über die Donaufürstenthümer sprach Govone nach seinem Bericht mit Bismarck: „Ich habe die Auffassung des Grafen Bismarck nicht gut verstanden, und wollte mich nicht aufhalten, um in dieser Hinsicht weitere Fragen zu stellen. Ich habe mir nur seine Erklärung gemerkt, daß der Fürst von

---

*) Die es in der Note Mensdorff's vom 26. April ausgesprochen.

**) Der italienische Text ergiebt, daß der von Lamarmora durch Punkte angedeutete Ländername im Italienischen männlichen Geschlechts ist. Belgien (Belgio) ist im Italienischen einer der wenigen Ländernamen, welche männlichen Geschlechts sind!

Hohenzollern so zu sagen desertirt sei, um sich nach Bukarest zu begeben, und daß die Fürstenthümer sich stark genug hielten, um einer türkischen Invasion Widerstand zu leisten; daß aber Preußen, wenn der Fürst verjagt werden würde, keine Kenntniß davon zu nehmen brauche."

Am 23. Mai telegraphirt Barral, daß auch der König Wilhelm nicht an den Erfolg des Congresses glaube .... „Se. Majestät ist über die Lage sehr bewegt und es standen ihm, als er sich darüber äußerte, die hellen Thränen in den Augen."

Am folgenden Tag telegraphirt Ritter Nigra aus Paris:

„Uebrigens widersteht die Vereinigung deutscher Provinzen mit Frankreich und die Schöpfung eines rheinischen Venetiens auch dem Kaiser. Aber dieser Widerwille wäre nicht unüberwindlich."

Am 26. Mai telegraphirt wieder Barral aus Berlin:

In dem gestern unter dem Vorsitze des Königs abgehaltenen Kriegsrathe hat man die letzten militärischen Maßregeln getroffen, im Hinblicke darauf, daß voraussichtlich zwischen dem 10. und 15. Juni die Feindseligkeiten ausbrechen müssen...... Graf Bismarck sagte mir gestern Abend, daß der Congreß, zu dessen Zusammentritt die Einladungen von einem Augenblick zum andern erwartet werden, nur ein eitles Trugbild sei und daß er keine menschliche Macht sehe, welche im Stande wäre, den Krieg zu verhindern."

Am 29. Mai telegraphirt Barral, daß Bismarck selbst zum Congresse gehen wolle und fügt hinzu:

„Als er (Bismarck) mir diese Informationen gab, schien er mir äußerst besorgt, und schloß damit, mir im Tone tiefster Verstimmung zu sagen: Der Kaiser der Franzosen will jetzt um jeden Preis den Frieden."

Natürlich ist auch Lamarmora davon wenig erbaut.

Nigra sucht ihn zu trösten, indem er am 31. Mai telegraphirt:

„Es ist nicht unmöglich, daß der Kaiser (Napoleon) in eigener Person die Conferenz (Congreß) eröffnet und einen Vortrag hält, wie er zu thun pflegt. Bismarck scheint endlich entschlossen, Frankreich das zwischen Mosel und Rhein gelegene Territorium zuzugestehen, als Entschädigung für eine bewaffnete Mitwirkung Frankreichs. Ich habe dies aus vertraulicher, aber sicherer Quelle in Erfahrung gebracht."

Am 1. Juni 1866 ging die Napoleonische „Congreßidee" in Rauch auf. Oesterreich theilte mit, daß es am Congresse Theil nehmen könne, wenn die Mächte im Voraus überein kämen, „daß man von den Berathungen jede Combination ausschließen werde, deren Ziel darauf hinauslaufen würde, einer der zu dem heurigen Congresse eingeladenen Mächte eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen."

Damit war die venetianische Frage von der Tagesordnung des Congresses abgesetzt.

Bemerkt sei noch, daß Oesterreich sich „überrascht" sah, weil man den Papst nicht zu dem Congreß eingeladen habe. Seine Heiligkeit, meinte Herr von Mensdorff, habe doch das „unbestreitbare Recht", in italienischen Dingen ein Wörtlein mitzureden.

Damit war das eitle „Trugbild" und die „Todtgeburt", der Congreß beseitigt und der Beschluß des Bundestags zu Frankfurt vom 4. Juni, bezüglich des Congresses, welcher in österreichischem Sinne ausfiel, wäre gar nicht nöthig gewesen.

Aus Berlin schreibt Govone am 3. Juni und theilt mit, daß er am 2. Juni Abends 9 Uhr im Garten des Staatsministeriums seine Abschiedsaudienz bei Bismarck gehabt habe. Der Brief lautet:

„Berlin, 3. Juni 1866.

Excellenz!

Da ich den Grafen Bismarck um eine Abschiedsaudienz vor meiner Rückkehr nach Italien gebeten hatte, empfing mich der Ministerpräsident gestern Abend 8 Uhr im Garten des Staatsministeriums und dehnte die Unterhaltung bis 10 Uhr aus. Ich meldete Sr. Excellenz die bevorstehende Ankunft des Obersten Avet, eines der angesehensten Officiere der italienischen Armee, dem der König die Aufgabe zugedacht hatte, im Kriegsfalle dem preußischen Heere zu folgen. Ich fügte hinzu, daß ich bei der täglich steigenden Verwicklung darauf hätte verzichten müssen, zu warten, bis ich selbst jenen höheren Officier vorstellen konnte. Graf Bismarck erwiderte: „Nun, wer wird das Feuer an das Pulver legen, Preußen oder Italien?" — Ich fragte den Ministerpräsidenten, ob er die Redaction der österreichischen Antwort auf den Congreß-

Vorschlag genau kenne? ob die preußische Regierung auf diese Antwort irgend eine neue Entschließung hinsichtlich ihrer Betheiligung an der Conferenz getroffen habe? und ob er, Graf Bismarck, darauf verzichtete, nach Paris zu gehen?

Der Ministerpräsident entgegnete mir:

„Ich glaube die österreichische Antwort genau zu kennen; dieselbe schließt jede Verhandlung aus, welche auf eine Aenderung des Machtstandes der Theilnehmer hinausliefe; wenn man nun nicht über die Abtretung Venetiens und nicht über die Abtretung der Elbherzogthümer unterhandeln kann, so bleibt die Conferenz nutzlos. Wir hoffen übrigens bis morgen officiell den österreichischen Text zu kennen, um uns zu entscheiden. Hoffentlich wird Frankreich Angesichts dieser Antwort, Angesichts der Zwangsanleihe in Venedig und der letzten Action Oesterreichs, welche die Frage der Herzogthümer an den Bundestag verschleppt und den Gasteiner Vertrag verletzt, den festen Vorsatz Oesterreichs erkennen, sich gegen jeden Ausgleich zu stemmen und nicht weitere, für uns nutzlose und schädliche Unterhandlungen fortzuführen suchen. Dieses Auftreten Frankreichs würde uns in Betreff seiner Absichten argwöhnisch machen. Aus Einem Grunde wäre ich nur gerne nach Paris gegangen. Ich hätte gewünscht, mit dem Kaiser zu sprechen, um das Maximum der Concessionen kennen zu lernen, welche er unsererseits für Frankreich verlangt."

Ich fragte, ob über dem Rheine kein Landestheil vorhanden sei, wo eine Abstimmung zu Gunsten der Annexion an Frankreich irgendwie glücken könnte. Graf Bismarck erwiderte: „Keiner; dieselben französischen Agenten, welche das Land bereisten, um die Stimmung kennen zu lernen, berichteten Alle, daß keine Abstimmung, wenn sie nicht durchaus gefälscht oder erkünstelt wäre, gelingen könne. Niemand liebt die Regierung oder die auf dem eignen Boden herrschende Dynastie; aber alle sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben; so erübrigte mir, Frankreich zu entschädigen . . . ."

Ich warf ein, dies sei äußerst schwierig; aber wenn man den Volkswillen nicht geltend machen könne, so ließe sich vielleicht doch ein anderes Prinzip in Anwendung bringen, z. B. jenes der natürlichen Grenzen; ich fügte gleich bei, ich

wolle nicht auf das ganze linke Rheinufer anspielen; aber gibt es denn gar keine andere geographische Linie, welche für Frankreich Werth haben könnte? Graf Bismarck sagte:

„Ja, es wäre die Mosel. Ich bin", fuhr er fort, „viel weniger Deutscher, als Preuße, und würde kein Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen dem Rhein und der Mosel an Frankreich zu unterschreiben: Pfalz, Oldenburg, ein Theil des preußischen Gebiets ꝛc. Der König jedoch . . . . würde die schwersten Skrupel empfinden und würde sich nur in einem alleräußersten Augenblicke dazu entschließen: wenn es nämlich auf dem Punkte stände, Alles zu verlieren oder Alles zu gewinnen. Um den Geist des Königs für irgend einen Ausgleich mit Frankreich günstig zu stimmen, wäre es auf alle Fälle nothwendig, die Minimalgrenze seiner Ansprüche zu erfahren. Denn, wenn es sich um das ganze linke Rheinufer, um Mainz, Coblenz, Cöln handelte, dann wäre es vorzuziehen, sich mit Oesterreich zu verständigen über die Herzogthümer und viele andere Dinge aufzugeben."

. . . Aber, meinte ich, mit Oesterreich ist kein anderer Ausgleich möglich, als eine Capitulation; denn die streitigen Fragen greifen in seine vitalsten Interessen und in seine Zukunft ein, darum kann es nicht transigiren.

„Allerdings", antwortete Graf Bismarck; aber die öffentliche Meinung in Deutschland würde dem König diese Capitulation verzeihen, wenn sie durch die Absicht gerechtfertigt wäre, kein deutsches Gebiet an eine auswärtige Macht abzutreten." Dann bemerkte er weiter: „Der König habe die Hoffnung auf Frieden noch nicht fahren lassen; er habe in der letzten Zeit mit Oesterreich geheime Verhandlungen wegen eines Ausgleichs gepflogen, und zwar ohne sein (des Grafen Bismarck) Wissen. Glücklicherweise waren sie bestimmt zu scheitern, und so werde der König am besten überzeugt sein, daß es nicht möglich sei, mit Oesterreich sich auf eine passende Art zu verständigen: auch ganz unabhängig von meiner Person befindet sich augenblicklich noch der . . . . in Dresden, um über den Frieden zu verhandeln."

„Kaum tauchte der Vorschlag der Pariser Conferenz auf, als der König den Ausmarsch der Garde von Berlin suspen-

diren wollte, um den Beweis seiner aufrichtigen friedlichen Bestrebungen zu geben. Heute hatten ich und viele Generale zu kämpfen, bis wir den König bestimmen konnten, die Garde ausrücken zu lassen . . . . und die Garde rückt morgen aus."

„Und die rheinischen Corps?" fragte ich. „Die stehen seit drei Tagen an der sächsischen Grenze", war die Antwort des Ministerpräsidenten.

Hier ging Graf Bismarck zu dem Gegenstande über, mit welchem er seine Unterhaltung begonnen hatte, nämlich wer von beiden, Preußen oder Italien, die Feindseligkeiten eröffnen würde. Er sagte, für ihn würde es sehr schwer halten, den König zur Offensive zu bewegen, der König habe das religiöse, ja abergläubische Bedenken, er dürfe die Verantwortung für einen europäischen Krieg nicht auf sich laden; und während man die Zeit verlöre, vollendeten Oesterreich und die Mittelstaaten ihre Rüstungen und verminderten die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für Preußen. Das Interesse Italiens sei dergestalt gleichfalls compromittirt, wenn Oesterreich Sieger bliebe.

„Italien", fuhr er fort, „kann leicht den Krieg vom Zaun brechen und nach Bedürfniß selbst eine Aufforderung an einen Theil irgend eines verführten croatischen Corps vorbereiten, und es kann sich dann fest darauf verlassen, daß wir am nächsten Tage die Grenze überschritten.

Ich entgegnete, Italien sei in der delicatesten Lage; in voller Sitzung des Corps Legislatif habe es zu Paris erklären lassen, es würde nicht die Initiative zu irgend einem Angriff ergreifen, und nachher in allen Tonarten wiederholt. Italien müsse sehr mit der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnen, und dürfe die freundschaftliche Action des Kaisers Napoleon zu seinen Gunsten nicht schwierig oder unmöglich machen, indem es durch seine Unklugheit jene öffentliche Meinung gegen sich kehrte, welche über den Kaiser geurtheilt hat. Italien müsse Europa gegenüber seine Besonnenheit und Mäßigung um so deutlicher klar legen, je weniger man in einem Theile Europas den wahren geordneten Zustand Italiens und die absolute Autorität der Regierung über das ganze Land, über das Heer wie ihre Freiwilligen kannte.

Graf Bismarck verweilte noch lange bei diesem Gegenstande und bat mich, bei Ew. Excellenz und dem König darüber zu sprechen; damit König Wilhelm, sollten wir den Krieg zuerst anfangen, sich entschließe, die den Gegnern durchaus günstigen Verzögerungen abzubrechen, besonders jetzt, wo alle Mittelstaaten sich für Oesterreich erklärt hätten, oder daran seien, es zu thun. Ich versprach ihm, seine Wünsche vorzulegen, ohne jedoch der geringsten Hoffnung Raum zu geben, daß sie berücksichtigt würden; darauf schloß er mit den Worten, sobald er den König dazu bewogen hätte, die Offensive zu ergreifen, werde er dies telegraphisch auf verschiedenen Linien nach Florenz melden. Was die Haltung Oesterreichs betreffe, so sei dieselbe bis jetzt durchaus defensiv und zuwartend, und deute nicht auf einen nächstbevorstehenden Angriff.

Das ist im Allgemeinen der Inhalt meiner letzten Unterredung mit Graf Bismarck; und mein Eindruck ist, daß er alle Mittel suchen wird, um die Sache zu beschleunigen und die Feindseligkeiten bald beginnen zu können.

Und vor Allem ist für die Regierung zu Florenz die Erklärung des Grafen Bismarck über die Unterhandlungen beachtenswerth, welche König Wilhelm noch in den jüngsten Tagen zum Zwecke eines friedlichen Ausgleichs mit Oesterreichs pflog, sowie über die augenblicklich schwebenden. Diese wie jene werden zwar schwerlich Erfolg haben können: aber die einzige, wenn auch entfernte Möglichkeit eines solchen Ausgleiches muß Italien zu ernstem Nachdenken bewegen, und es bei Zeit auch die unberechenbaren Folgen bemessen lassen.

Govone."

Die Rüstungen nahmen bei alledem ihren ungehinderten Fortgang und bald standen die drei Mächte einander gegenüber bis an die Zähne gewaffnet. Man wartete nur auf den ersten „angenehmen Kanonenschuß", der das Zeichen zu der großen Rauferei geben würde.

Am 5. Juni meldet der Ritter Nigra aus Paris:

„Govone meldet mir Folgendes: Ich werde am 8. Morgens ankommen. Bismarck ist mächtig in uns gedrungen, damit Italien zuerst angreife, um den König nachziehen zu können. Ich habe ihm keine Hoffnung gelassen."

Und Barral telegraphirte Tags darauf:

„Bismarck indessen . . . . . sagte mir noch im Augenblicke, da ich mich entfernte: Sie werden uns einen famosen Dienst leisten, wenn Sie zuerst angreifen."

Lamarmora ist natürlich in der Klemme. Er schreibt: „Während also von Berlin neue Versuche gemacht wurden, uns zu drängen, daß wir zuerst angriffen, beschwor man uns von Paris aus, wir sollten uns nicht der Grenze nähern."

Aber Lamarmora that weder das Eine noch das Andere. Er sagt: „Es erübrigte jetzt nur, mit aller Energie zum Krieg zu schüren."

Unterdessen ließ die österreichische Regierung durch den Feldmarschall Gablenz*) die Stände Holsteins nach Itzehoe einberufen, „um die Stimme des Landes über sein künftiges Geschick zu hören." Dagegen protestirte Preußen und Manteuffel rückte „friedlich", d. h. mit der Dreieinigkeit Infanterie, Artillerie und Cavallerie in Holstein ein und verhinderte den Zusammentritt der Stände. Gablenz wich dem Kampfe aus und zog sich, nachdem er erklärte, daß er seine Truppen nicht unnütz opfern wolle, nach Böhmen zurück, wo er zu der österreichischen Nordarmee stieß. Der siebenfüßige Manteuffel konnte somit „friedlich" von Holstein Besitz nehmen. Mit Bezug darauf telegraphirte Barral am 10. Juni an Lamarmora:

„Bismarck zeigte sich äußerst aufgebracht gegen Freiherrn von Manteuffel, welcher, statt energisch gegen die Oesterreicher aufzutreten, sich bei seinem Einrücken in Holstein durch den General Gablenz umgarnen*) und so die Gelegenheit zum Conflikt entgehen ließ.

Begreifen Sie dies? sagte er zu mir. Indeß, fügte er bei, die Einberufung der Stände steht bevor, die kann wahrscheinlich einen Conflikt herbeiführen."

Tags darauf meldet Barral:

„Oesterreich, das entschlossen ist, lieber Alles auszustehen, als zuerst anzugreifen, will um jeden Preis, daß der Krieg einen föderalen Character annehme."

---

*) Derselbe, der sich 1874 in Folge unglücklichen Börsenspiels in Zürich erschoß.

*) d. h. mit Blumen bekränzen.

Napoleon sprach sich unterdessen in einem Briefe an den gesetzgebenden Körper sehr günstig für Italien aus.

Statt des im April von Bismarck angekündigten preußischen Generals war schon im Mai der königlich preußische Hofhistoriograph Bernhardi nach Florenz gekommen, worüber Lamarmora in seinem militärischen Kastengeist ziemlich ungehalten war. Bernhardi wollte den italienischen Feldzugsplan kennen lernen, konnte aber von Lamarmora Nichts erfahren. Umgekehrt erfuhr dieser Nichts über den preußischen Feldzugsplan. Und dabei blieb's; es wurden von Bernhardi nur Vorschläge für den italienischen Plan gemacht, welche Einmischung Lamarmora natürlich noch mehr erbitterte.

Am 14. Juni fiel der entscheidende Schlag in Frankfurt am Main. Oesterreich erblickte in der Besetzung Holsteins durch Manteuffel einen Verstoß gegen den Artikel 19 der Wiener Schlußacte und beantragte, das ganze Bundesheer mit Ausnahme Preußens schleunigst kriegsbereit zu machen. Der preußische Gesandte erklärte, daß er schon in der Verhandlung über diesen Antrag eine Kriegserklärung gegen seine Regierung erblicken müsse. Indessen wurde der Antrag Oesterreichs angenommen, worauf der preußische Gesandte die Sitzung verließ, nachdem er den Bund für aufgelöst erklärt hatte. In der That war diese Haupt- und Staatsaction die letzte bedeutende politische That des Bundestages; diese Körperschaft, üblen Andenkens von 1848 und 1849 her, hörte auf, zu existiren.

Am 15. Juni telegraphirte Barral an Lamarmora:

„Hier folgt, was mir Bismarck soeben über die Lage gesagt hat. Nach der heutigen*) Abstimmung hat der Bundestag zu Frankfurt, wie unser Vertreter auch erklärt hat, für Preußen aufgehört zu existiren.

Ja, dieses Votum ist in unseren Augen eine wirkliche Kriegserklärung und wir haben unmittelbar beschlossen, zuvorzukommen, und werden die Feindseligkeiten am nächsten Dienstag eröffnen. Das Geheimniß der militärischen Operationen gehört nicht mir und ich kann es Ihnen nicht anvertrauen, aber für den Augenblick genügt, daß Sie den Tag, wo wir den Feldzug eröffnen, genau kennen. Ich bedaure,

*) Muß wohl heißen gestrigen D. V.

das muß ich Ihnen gestehen, zu erfahren, daß man bei Ihnen mit einem Angriffe auf das Festungsviereck anfangen zu wollen scheint, statt daß man hauptsächlich nach dem adriatischen Meere geht und Oesterreich nöthigt, auf freiem Felde einen Kampf anzunehmen. Das ist ein Gedanke, der mich beunruhigt. Andererseits will ich Ihnen nicht verhehlen, daß ich es gerne gesehen hätte, wenn General Lamarmora die Combination angenommen hätte, welche uns mittelst einiger gemeinsam beschafften Millionen eine mächtige Insurrection in Ungarn ermöglicht haben würde; die ungarischen Führer, die ich gesehen, sind alle meiner Ansicht.

Ich erwiderte mit einigen Worten, daß wir meines Erachtens stark genug seien, ohne an das ungarische Element zu appelliren .... Wenn Graf Bismarck auch zufriedengestellt schien, daß der Kampf so nahe bevorstand, so schien er seines Erfolges nicht so sicher als gewöhnlich zu sein. Der Würfel ist gefallen, sagte er zu mir in dem Augenblicke, wo ich wegging; haben wir gute Zuversicht, aber vergessen wir niemals, daß der allmächtige Gott launenhaft ist."

Der vorsehungsgläubige Lamarmora ist nicht wenig entrüstet über diese Ausdrucksweise; er fügt ingrimmig hinzu:

„Bis jetzt hatte ich immer geglaubt, daß unser Herrgott keine Launen habe, und daß nur die Menschen, besonders die Frauenzimmer, solchen unterworfen seien.

Indessen tröstete er sich. Es wurde ja jetzt „die Lunte an die Pulvertonne" gelegt. Lamarmora tritt mit folgenden salbungsvollen Worten in die neue Situation ein:

„Es stand also im Rathschlusse der Vorsehung geschrieben, daß mitten in einer so leuchtenden Civilisation, in allen den Doctrinen der Philosophen und Philantropen, in der großen Sehnsucht nach Ruhe und allgemeinem Frieden, ein neuer Krieg sich den blutigen Kämpfen anreihen sollte, von welchen die Weltgeschichte voll ist."

Es gehört wirklich viel dazu, noch solche Phrasen in derselben Feder zu führen, mit welcher man soeben das geheimste Walten der „Vorsehung" blosgelegt hat.

Am 16. Juni begannen in Deutschland, nachdem Hannover, Kurhessen und Sachsen die Aufforderung Preußens, abzurüsten und sich Preußen anzuschließen, wie vorauszusehen, abschläglich beantwortet hatten, die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie. Am 23. Juni rückten die Preußen in Böhmen ein.

Am 20. Juni erklärte Lamarmora den Krieg an Oesterreich.

Der Verlauf des Krieges ist bekannt. Dem zu Land und zu Wasser besiegten Italien fiel Venetien wie eine überreife Frucht in den Schooß!

Die ungarische Angelegenheit.

Schon am 4. Mai berichtete General Govone aus Berlin an Lamarmora:

„Moltke sprach im Ministerium befürwortend von ungarischen Subsidien*), aber man ist nicht entschlossen, dieselben zu geben.“

Dies änderte sich später. Man wollte, wie Lamarmora berichtet, zu Berlin Anfangs die an der Donau gelegene österreichische Stadt Linz als den Anknüpfungspunkt für gemeinsame Operationen der preußischen und italienischen Streitkräfte festsetzen; nachdem aber Lamarmora mit dem schon erwähnten preußischen Hofhistoriographen Bernhardi verkehrt, spricht er sich dahin aus:

„Soviel steht fest, man sprach nicht mehr von Linz und gab dagegen zu Berlin einem sogenannten Feldzugsplan den Vorzug, den italienische Revolutionäre und ungarische Emigranten ausgearbeitet und, wie man sich am Ende denken kann, auf die Insurrection Ungarns und den Abfall der ungarischen Regimenter im Dienste Oesterreichs gegründet hatten.“

Zum Beweis für seine Behauptung veröffentlicht Lamarmora einen Brief, welchen ihm der preußische Gesandte Usedom zu Florenz am 12. Juni geschrieben hat und dessen Wortlaut folgender ist:

*) Nämlich! Auszahlung von Hilfsgeldern an die ungarischen Flüchtlinge zur Insurgirung Ungarns.

„Mit Bezug auf die ungarische Angelegenheit . . . trägt mir Graf Bismarck gerade in diesem Augenblick auf, Eurer Excellenz mitzutheilen, daß die Regierung bereit ist, eine Hälfte der für die ungarische und slavische Sache nöthigen Fonds beizustellen, wenn die italienische Regierung für die andere Sorge tragen will.

Man bedürfe:

1) Einer Million Franken für den ersten Anfang und die Vorbereitungen;

2) zweier Millionen für den Augenblick, wo die fraglichen Bevölkerungen thatsächlich in den Kampf eintreten.

Das würde also für jede der betreffenden Regierungen ein und eine halbe Million ergeben.

Graf Bismarck weiß für den Fall, als der Vorschlag seitens der italienischen Regierung angenommen würde, um einer im Interesse beider Länder liegenden Unternehmung zu Hilfe zu kommen, gleichwohl nicht, wie es anzustellen wäre, um diese Summen mit der nöthigen Beschleunigung ihrem Zwecke zuzuführen. Er wäre Eurer Excellenz sehr verbunden, wenn Sie die preußische Hälfte einstweilen durch den italienischen Schatz vorstrecken lassen wollten, und ich bin für diesen Fall ermächtigt, das amtliche Versprechen der Rückzahlung durch meine Regierung abzugeben.

Da sich im Festungsviereck so viele croatische Regimenter befinden, so glaube ich, daß es von großer Wichtigkeit sein würde, wenn man sobald als möglich auf der andern Seite des adriatischen Meeres eine Bewegung zum Ausbruch bringen könnte."

Lamarmora bemerkt zu diesem Briefe, daß er selbst solchen „im Kriege wenig erlaubten Mitteln" stets abgeneigt gewesen sei und sagt, daß „Verbindlichkeiten gegen ein imaginäres Königreich, ohne Soldaten und ohne Geld, wie es damals Ungarn war, der höchste Wahnsinn gewesen wären."

Auch zwei ungarische „Nationalhelden" hatten sich an Lamarmora gewendet. Klapka und Kossuth. Der erstere, ein moderner Condottiere*), bittet ihn „zur Erreichung des großen

*) Lanzknechtführer des Mittelalters, von welchen der Nationalöconom Roscher witzig bemerkt, daß sie auch als Tauschwerthe fungirten. (Roscher, System der Volkswirthschaft.) Freilich der einzige gute Witz in genanntem Werke!

Zieles" beitragen zu lassen und theilt mit, daß die ungarischen Flüchtlinge Waffen in den Donaufürstenthümern hätten.

Der andere, der Exgouverneur Ludwig Kossuth, hat sich in dem an Lamarmora gerichteten Brief selbst als der Gesinnungslump vorgestellt, als welcher er von Anderen*) längst bezeichnet worden war.

Nachdem Kossuth zugestanden, daß er 1859 mit dem Staatsstreichmann Napoleon III. in Verbindung gewesen und daß dieser Letztere sich durch Kossuth die Unterstützung Ungarns habe sichern wollen, sagt der Herr Exgouverneur wörtlich:

„Wir Ungarn, Herr Minister, sind keine Revolutionäre. Die aufbrausenden Ideen, die ungestümen Theorien der sogenannten Regeneratoren des Jahrhunderts üben keinen Einfluß auf unsere Gesinnungen oder Geister; wir sind weder Neuerer noch Demagogen; feurige Pfleger der geschichtlichen Traditionen unserer Väter, aufrichtige Monarchisten aus Ueberzeugung und Kraft unseres geschichtlichen Characters lieben wir die Ordnung und die Ruhe."

Man begreift jetzt, warum Herr Kossuth, als er in der Nacht vom 4. auf den 5. Januar 1849 Pest verließ, um nach Debreczin zu gehen, vor Allem die Krone des heiligen Stephan und die Reichsinsignien mit sich nahm. Auf den „heiligen Stephan" sollte der „heilige Ludwig" (Kossuth) folgen!

Kossuth schließt: „Befehlen Sie und ich werde mich sofort nach Florenz begeben; dort werden wir, daß bin ich gewiß, zum Vortheile unserer beiden Länder uns einigen."

Lamarmora „befahl" nicht und der Schnorrer Kossuth blieb zu Hause.

Soweit die Actenstücke, welche das Lamarmora'sche Buch über die ungarische Angelegenheit enthält. Da es jedem Leser leicht ist, die Sache nach dem vorliegenden Material selbst zu beurtheilen, so unterlassen wir es, uns weiter über diese Angelegenheit zu verbreiten.

---

*) In der trefflichen, leider vergriffenen Schrift „Herr Vogt" hat Karl Marx die Schnorrereien des Kossuth bei Napoleon III. ausführlich geschildert.

Es sei aber hier noch eine Correspondenz der Berliner „National-Zeitung“, d. d. 25. Januar 1874, aufgeführt, welche dieses Blatt aus Glatz in Schlesien erhielt und in welcher über die Verurtheilung des ultramontanen Abgeordneten Ludwig, gegen welchen Bismarck wegen Beleidigung einen Strafantrag gestellt hatte, berichtet ist. Es heißt in der Correspondenz:

„Gegenstand der auf die §§ 187, 194 und 200 des Strafgesetzbuches gestützten Anklage war folgende, vom Angeklagten in der öffentlichen Wählerversammlung vom 30. Dec. v. Js. gemachte Aeußerung: „Die Maigesetze verletzen das katholische Gewissen. Bismarck aber sei Protestant und habe die katholische Religion nicht studirt; denn hätte er dies, so würde er 1866 die in Neisse gefangen gehaltenen österreichischen Soldaten nicht zum Eidbruch verleitet haben.“ — Der Angeklagte räumt ein, diese Worte gesprochen zu haben; daß sie jedoch einen solchen Eindruck gemacht, sei nicht seine Schuld, sondern die der Versammlung, welche ihn am Weiterreden gehindert und dadurch einen Widerruf unmöglich gemacht habe. Seine Aeußerung sei keine Beleidigung, vielmehr wahr und nur in Wahrnehmung und Vertheidigung der katholischen Interessen gethan worden. Die Absicht zu beleidigen habe ihm ferne gelegen und die behauptete Thatsache sei auch gar nicht geeignet, den Fürsten Bismarck verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. In welcher Art und Weise und zu welchem Zweck die ungarische Legion gebildet worden, sei bekannt, andernfalls würden die Acten der Commandatur zu Neisse das Nähere ergeben. Angeklagter erzählt: er als Hauptmann sei beauftragt gewesen, mit seiner Compagnie die seitwärts von Neisse gelagerten österreichischen und ungarischen Soldaten streng zu bewachen. Eines Tages nach der Schlacht von Sadowa seien unter der Führung höherer preußischer Officiere 7—8 Officiere des ungarischen Heeres gekommen und hätten an die zum Appell gerufenen Gefangenen Reden gehalten und Geld vertheilt, worauf letztere in voller Begeisterung: „Eljen Kossuth! Eljen Garibaldi! und Eljen König Wilhelm!“ gerufen. Diese Rufe aber bewiesen, daß die Soldaten zum Eidbruche gegen ihren Kaiser verleitet waren und Ungarn insurgiren sollten. Nur Bismarck könne hierzu den Befehl ertheilt haben. Zum ferneren Beweise

der Wahrheit berief der Angeklagte sich auch auf die Erklärungen Bismarcks in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar, „wo es — wie Angeklagter sagte — so viele Hiebe gesetzt, ehe der kleine Lasker da war und Balsamtropfen in die Wunden träufelte."*) — Herr Staatsanwalt Schöne hielt die Anklage aufrecht und wies nach, daß die Aeußerungen des Angeklagten mit den Reden der Ultramontanen im Abgeordnetenhause und mit den Reden in klerikalen Wahlversammlungen, sowie mit den Artikeln in ultramontanen Blättern in gewissen Zusammenhange stehen; die Tendenz sei: den Fürsten Bismarck persönlich zu discreditiren. Die Absicht zu beleidigen sei vorhanden; der Angeklagte müsse auch wissen, daß in der Grafschaft Glatz ein Mann das Wort gesprochen: wenn Bismarck gehängt würde, sei er der Erste, der am Strick zöge. Der Staatsanwalt beantragte: den Angeklagten der Verläumdung und Beleidigung des Fürsten Bismarck für schuldig zu erachten und demgemäß zu einer zweimonatlichen Gefängnißstrafe und Tragung der Kosten zu verurtheilen, dem Fürsten Bismarck auch die Befugniß zu ertheilen, das Urtheil im „Reichsanzeiger" bekannt machen zu dürfen. Der Gerichtshof erkannte, daß Angeklagter von der Verleumdung frei zu sprechen, dagegen der Beleidigung des Fürsten Bismarck für schuldig zu erachten und deshalb zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe zu verurtheilen, auch den weiteren Anträgen der Staatsanwaltschaft Statt zu geben sei. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte in der Wahl-Versammlung verhindert worden sei zu erklären, daß Bismarck nicht selbst in Neisse gewesen; dagegen hatte der Gerichtshof in der Aeußerung die Absicht zu beleidigen gefunden."

Man wird nun die Gründe kennen, weßhalb wir uns jeder weiteren Aeußerungen in dieser Sache enthalten.

---

*) Ueber diese Sitzung des Abgeordnetenhauses berichten wir weiter unten.

Die Stoß-ins-Herz-Depesche.

Wir geben dies historische Actenstück, von welchem Lamarmora schon 1868 in der italienischen Kammer einen Theil verlesen und dadurch kein geringes Aufsehen erregt hatte, seinem vollen Wortlaute nach wieder. Lamarmora erhielt diese Note Usedom's erst, als er sich schon in Cremona bei der Armee befand und den Vorsitz im Ministerium an Jacini abgegeben, hatte. Die Note lautet:

„An Seine Excellenz den Herrn General La Marmora, Präsident des Conseils!

Florenz, 17. Juni 1866.

Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. Majestät des Königs von Preußen hat die Ehre, Sr. Excellenz dem Herrn General La Marmora, Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten die folgenden Bemerkungen vorzulegen:

In wenigen Tagen werden Italien und Preußen in ihrer gemeinsamen Sache gegen Oesterreich an die Entscheidung durch die Waffen appelliren.

Die Regierung des Königs, meines erlauchten Herrn, hält es folglich für sehr dringend, schon jetzt das strikteste Einverständniß und die wirksamste Cooperation unter ihren militärischen Bewegungen herzustellen.

Wenn eine gemeinsame Action und auf demselben Kriegsschauplatze Ihnen durch die Entfernung im Anfang versagt ist, so muß man suchen, dieselbe durch die Gleichzeitigkeit der Schläge, die man führt, zu ersetzen. So angegriffen, wird Oesterreich seine Streitkräfte theilen müssen; es wird sich nie zugleich, bald gegen die eine, bald gegen die andere Partei derselben bedienen können. Endlich werden die geführten Streiche nicht bloß auf dem Schlachtfelde, sondern auch in der Ferne vernehmbar sein.

In erster Linie ist die Regierung des Königs überzeugt, daß dem Beginne der Feindseligkeiten in Deutschland die italienische Kriegserklärung unmittelbar folgen wird. Preußen kennt zu sehr die Gefühle der Loyalität, welche die Regierung des Königs Victor Emanuel beseelen um daran zu zweifeln. Aber diese Solidarität und Gleichzeitigkeit der Action müssen

sich nach den Anschauungen der preußischen Regierung im Laufe des ganzen Feldzuges fortsetzen und wiederholen; als gute Alliirte müssen die beiden Mächte ihren respectiven Operationen ein beständiges und wechselseitiges Interesse widmen. Dieses Bestreben wird, wie Preußen gerne annimmt, von Seiten der italienischen Regierung gebilligt und getheilt werden.

Das Kriegssystem für den nächsten Feldzug, welches Preußen Italien vorschlägt, ist das eines gründlichen Krieges (guerre à fonds). Wenn ihnen das Glück der Waffen im Anfange günstig sein sollte, werden sich die beiden Mächte nicht bei den dazwischen liegenden Hindernissen aufhalten, sie werden vielmehr ihren Gegner in seine äußersten Verschanzungen und bis zu seinen letzten Hilfsquellen zurückzudrängen suchen. Sie werden sich nicht begnügen, nach einem Siege ein Stück Landes zu besetzen, welches ein günstiger Frieden in ihrem Besitz lassen könnte. Im Gegentheil und ohne Rücksicht auf die künftige territoriale Configuration werden sie vor Allem den Sieg definitiv, vollständig und unwiderruflich zu machen suchen. Eine solche durch ihre vereinigten Anstrengungen beigebrachte Niederlage würde ihnen, jedem in seiner Sphäre, ein moralisches und politisches Ansehen verleihen, welches den materiellen Gewinn, der gleichfalls daraus hervorgehen müßte, unendlich überwiegen würde.

So dürfte Preußen nicht an die Hindernisse denken, welche Natur oder Kunst ihm von Linz bis Krakau in den Weg stellt. Es wird die Erfolge, die es erreichen kann, entschlossen bis nach Wien tragen.

Was die analogen Operationen der italienischen Streitkräfte betrifft, so würde man sich nicht damit beschäftigen, das Festungsviereck zu belagern, man würde es vorziehen, es zu durchschneiden oder zu umgehen, um die feindliche Armee im offenen Felde zu schlagen. Es ist wenig zweifelhaft, daß die italienische Armee sich, namentlich im Hinblick auf das numerische Verhältniß in kurzer Zeit im Besitze des Venetianischen Landes befinden wird, Venedig, Verona und Mantua ausgenommen, deren Garnisonen allerdings durch Observationscorps von beträchtlicher Stärke lahm gelegt werden müßten.

Die italienischen Generäle werden unzweifelhaft die besten Richter über die Operationen sein, um die es sich handelt, indessen wird Italien, um zur Vereinigung mit Preußen zu ge-

langen, sich nicht damit begnügen dürfen, zu den Nordgrenzen Venetiens vorzudringen, es wird sich den Weg an die Donau bahnen, und im Centrum der kaiserlichen Monarchie selbst Preußen die Hand reichen, es wird mit einem Worte nach Wien marschiren müssen.

Um sich den dauerhaften Besitz Venetiens zu sichern, muß man zuvor die österreichische Macht in's Herz getroffen haben.

Welches wären die Folgen, wenn Italien seine militärische Action auf Udine oder auf Belluno beschränken wollte, um sich dann mit der Belagerung der festen Plätze zu beschäftigen? Es würde unvermeidlich den ganzen Krieg zum Stehen bringen. Denn es würde der österreichischen Armee gestatten, sich ruhig nach Norden zurückzuziehen um die kaiserlichen Armeen gegen Preußen zu verstärken. Mit Hilfe Bayerns könnten diese vereinigten Streitkräfte vielleicht die preußische Offensive aufhalten, und auf eine gezwungene Defensive reduciren. So um die Resultate seiner früheren Erfolge gebracht, wird man vielleicht einen Frieden schließen, welcher ebensowohl für Preußen als für Italien keineswegs den ursprünglichen Ideen und den unermeßlichen Opfern entsprechen würde, die man sich auferlegt hätte.

Um diese traurige Eventualität ferne zu halten, welche die Alliirten früher oder später zwingen würde, ihr Werk von vorne anzufangen, glaubt Preußen nicht lebhaft genug auf der Nothwendigkeit bestehen zu können, die Offensive auf beiden Seiten bis zu den äußersten Grenzen, das heißt: bis unter die Mauern der Hauptstadt zu treiben.

Inzwischen würde ihm, mit Rücksicht auf die entgegengesetzte Möglichkeit und namentlich in besonderem Hinblick auf die Lage Preußens, die Mitwirkung Italiens in der That mehr Uebles zugefügt haben als seine Neutralität. Die Neutralität hätte wenigstens eine ganze österreichische Armee im Festungsviereck zurückgehalten und zu Gunsten Preußens lahmgelegt: Die siegreiche, aber schlecht verstandene und in ihrem Laufe aufgehaltene Mitwirkung würde dieselbe Armee gegen Preußen frei machen, und dieses hätte weniger Chancen mit der italienischen Allianz als ohne dieselbe.

Aber die Regierung des Königs, meines erlauchten Herrn, stützt sich mit vollstem Vertrauen auf die Loyalität ihres

Alliirten, um jede Möglichkeit einer solchen Eventualität zu beseitigen.

Immerhin könnte unter dem strategischen Gesichtspunkte der Marsch der italienischen Armee gegen Wien gefährlich erscheinen: Die Operationslinie erschiene zu lang, die Ressourcen zu entfernt. Aber in dem Maße, als man sich der preußischen Armee nähert, mindert sich die Gefahr, und wird der endliche Sieg immer wahrscheinlicher.

Uebrigens existirt eine unfehlbare Agentschaft, um den beiden Armeen ihre wirksamste Cooperation auf einem gemeinsamen Terrain zu sichern; dieses Terrain ist Ungarn.

Die preußische Regierung hat kürzlich die ungarische Frage sorgfältig studiren lassen; sie hat die Ueberzeugung erlangt, daß dieses Land von Italien und Preußen gleichmäßig unterstützt, ihnen seinerseits als Verbindungsglied, und als strategischer Stützpunkt dienen wird. Man dirigire z. B. an die Ostküste der Adria eine starke Expedition, welche die Hauptarmee in Nichts schwächen würde, weil man sie zum größten Theil aus den Reihen der Freiwilligen nehmen, und sie unter den Befehl des Generals Garibaldi stellen könnte. Nach allen der preußischen Regierung zugegangenen Mittheilungen würde sie bei den Slaven und bei den Ungarn die herzlichste Aufnahme finden, sie würde die Flanke der auf Wien marschirenden Armee decken, und ihr die Cooperation und alle Hilfsquellen dieser ausgedehnten Länderstrecken eröffnen. Dagegen würden die ungarischen und kroatischen Regimenter in der österreichischen Armee sich bald weigern, sich gegen Armeen zu schlagen, welche in ihren eigenen Ländern als Freunde aufgenommen worden wären.

Vom Norden und von der Grenze Preußisch-Schlesiens könnte ein so viel als möglich aus nationalen Elementen gebildetes fliegendes Corps in Ungarn eindringen und dort den italienischen Truppen und nationalen Streitkräften, die sich bald bilden würden, die Hand reichen. Oesterreich würde in dem Maße verlieren, in dem wir gewinnen, und die Stöße, die dann gegen es geführt würden, träfen nicht mehr seine Extremitäten, sondern sein Herz.

Aus allen diesen Gründen legt die preußische Regierung einen so hohen Werth auf die ungarische Angelegenheit, und auf die mit Italien, seinem Alliirten, auf diesem

Terrain combinirte Action. Ich schlage dem Florentiner Cabinette vor, gemeinschaftlich für die nöthigen Kosten Sorge zu tragen, um den Anfang der erwähnten Expeditionen vorzubereiten, und ihnen die Mitwirkung dieser Länder zu sichern.

Das ist die allgemeine Idee des Feldzugsplanes, welchen der Unterzeichnete, nach den Instructionen seiner Regierung, dem italienischen Cabinet zu unterbreiten die Ehre hat. Je mehr er sich auf die allgemeinen Interessen bezieht, desto mehr sichert er die Annäherung der beiden Armeen zu einer gemeinsamen Action und umsomehr schmeichelt sich die Regierung des Unterzeichneten, daß sie bei der italienischen Regierung eine sympathische Aufnahme finden und mächtig zum Erfolg dieses großen Unternehmens beitragen wird.

Indem der Unterzeichnete Se. Excellenz den General La Marmora bittet, ihn so bald als möglich mit seiner Antwort beehren zu wollen, beeilt er sich, ihm die Versicherung seiner größten Hochachtung zu erneuern.

Usedom."

Mit unvergleichlicher Bosheit fügt Lamarmora diesem Actenstücke bei, daß er es „gerne der Vergessenheit überliefert haben würde", daß aber der Bericht des preußischen Generalstabes über den Feldzug von 1866 ihn zur Veröffentlichung gezwungen habe.

Die famose Stoß=in's=Herz=Depesche konnte indeß nicht todtgeschwiegen werden. Nach der Sitzung des preußischen Landtages vom 16. Januar 1874, welche die Lamarmora'schen Enthüllungen zum Tagesgespräch der europäischen Presse machte, trat Usedom, der sechs Jahre lang zu der Veröffentlichung besagter Depesche geschwiegen, mit einer Erklärung hervor. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", dem speciellen Organ des Herrn von Bismarck, stand zu lesen:

Berlin, den 11. Februar 1874.

Ew. . . . beehre ich mich, die mir anvertrauten Drucksachen anliegend ergebenst zurückzusenden.

Ich finde darin die Behauptung, daß meine bekannte Note an General Lamarmora vom 17. Juni 1866 vor ihrer Uebergabe in Berlin vorgelegt und gebilligt worden sei; der ehe=

malige italienische Minister Jacini habe die Beweisstücke dafür in Händen.

Dieses letztere ist indessen absolut unmöglich; was für Documente Herr Jacini auch besitzen mag, so treffen sie nicht auf diesen Punkt. Die Erkenntniß nämlich, daß General Lamarmora mit seiner Kriegführung im Quadrilatère*) verbleiben und nicht der preußischen Armee nach Wien hin zu Hilfe marschiren wolle, stellte sich positiv und thatsächlich erst ganz kurz vor Ausbruch des Krieges zu Tage. Die Note war ein letzter Versuch, den General noch in der zwölften Stunde umzustimmen, oder doch wenigstens meiner Regierung zu beweisen, daß ich ihre Absicht und die preußische Sache, als es galt, nicht im Stich gelassen hatte.

Den Entschluß, eine solche Note einzugeben, habe ich also erst ganz zuletzt fassen können und wirklich gefaßt; ich telegraphirte denselben am Morgen des 17. Juni nach Berlin und schrieb dann spät Abends den Text ganz eilig nieder, weil General Lamarmora am 18. Früh zur Armee abgehen wollte. Zwei meiner damaligen Legations-Secretäre waren Augenzeugen. Kaum blieb Zeit, noch um 11 Uhr Abends die Note an General Lamarmora zu insinuiren; an ein Vorlegen und Approbiren in Berlin war gar nicht zu denken. Zwar die Grundgedanken, d. h. die Anträge, welche Preußen an Italien wegen der italienischen Kriegführung stellte, entsprechen natürlich in allem Wesentlichen nur Dem, was ich hinsichtlich der Willensmeinung meiner Regierung anzunehmen vollen Grund hatte; vorauszusetzen, daß ich Italien mit etwas Anderem hätte mystificiren wollen, ist absurd. Dagegen war, wie ich ausdrücklich wiederhole, der Entschluß zum Einreichen der Note, sowie Text und Form der Redaction mein eigenes Thun.

Was nun die Note selbst betrifft, so ist bekanntlich mit dieser „Stoß-ins-Herz-Depesche" viel falsches Wortspiel getrieben worden, aber wirklich ohne Grund. Auf die feindliche Hauptstadt zu marschiren, „das Herz der feindlichen Macht zu treffen", sind ganz gewöhnliche Ausdrücke, die in jedem Militärbuch wiederkehren; hier wurden sie nicht einmal dem Feinde, sondern dem Alliirten und einem eventuellen Kriegs-

*) Festungsviereck, gebildet durch Mantua, Verona, Peschiera und Legnago

rath gegenüber gebraucht. Eine specifische Feindseligkeit gegen Oesterreich, über das durch den Kriegszustand gebotene Maß, kann daraus in keiner Weise herausgelesen werden.

Preußen hatte ein Recht, den Marsch auf Wien bei Italien zu beantragen, weil Preußen selbst auf Wien marschirte; ein Zusammenwirken beider Heere auf dem Schlachtfelde hätte dem Kriege sofort ein Ende gemacht. Der Kriegsplan der Note an sich datirt aber schon von Napolon I., der denselben im Jahre 1796.97 von Italien her siegreich durchführte, und den Frieden von Leoben damit erzwang. Napoleon, der damals Mantua belagerte, schrieb am 6. December 1796 an das Directorium: „Envoyez moi 30,000 hommes de renfort et je marche sur le Frioul, je m'empare de Trieste, je porte la guerre dans les Etats de l'Empereur, l'insurrection en Hongrie et je vais à Vienne."*) (S. Lanfrey Hist. de Nap I, tom I. chap. V.) Kaum wird auch irgend Jemand, der Italien und außerdem das Meer beherrscht, auf einen andern Plan verfallen. Aber Napoleon III. und Lamarmora wollten, statt auf Wien zu gehen, den Feldzug von 1866 als Localkrieg im Quadrilatère fixiren.

Die Erschütterung Ungarns war damals, wie jetzt, ein völkerrechtlich durchaus erlaubter Kriegsvortheil, den die beiden Alliirten, Frankreich und Italien, im Jahre 1859 noch eben selber angewendet hatten; jahrelang nachher unterhielt noch Italien eine aus ungarischen Soldaten gebildete Legion, allein zu diesem Zweck. Im Jahre 1866 würde sich übrigens die Erschütterung schwerlich zum Bürgerkrieg gestaltet haben, sondern wahrscheinlich nur zu einer unblutigen Demonstration; doch schon als Schreckbild blieb sie wirksam genug. Wer dagegen auf diesen Kriegsvortheil verzichten und dafür lieber so viele Tausende mehr von seinen preußischen Brüdern auf den Schlachtfeldern hinopfern möchte, mit dem ist freilich nicht zu raisonniren.

(gez.) Usedom."

---

*) Schickt mir 30,000 Mann Verstärkung und ich marschire auf Friaul, ich nehme Triest, ich versetze den Krieg in die Staaten des Kaisers, die Insurrection nach Ungarn und ich komme nach Wien.

Man bemerke hier hauptsächlich:

Die Revolutionirung eines Landes ist nach Usedom ein „völkerrechtlich erlaubter Kriegsvortheil." Ein wunderbares Wort im Munde eines accreditirten Diplomaten desselben deutschen Reiches, wo schon die „Vorbereitung zum Hochverrath" so schwer bestraft wird.

Man übersehe nicht, daß sich Herr von Usedom, zur Rechtfertigung der in seiner Note aufgestellten Theorien, auf den ersten Napoleon, einen der blutigsten Menschenschlächter und Despoten aller Zeiten, auf den Sieger von Jena beruft! Napoleon als eine Autorität in Sachen des „Völkerrechts" anzurufen, das kann nur Jemanden passiren, der wie Herr von Usedom, um eine Ausrede so dringend verlegen ist, daß er sich zu der Würde eines Confusionsrathes emporschwingen muß, um Luft zu bekommen. Daß Napoleon noch damals General im Dienste der Republik war, änderte an der Sache Nichts. Er trat schon damals als Eroberer auf und seine Siege dienten nur dazu, um ihm den Staatsstreich vom 18. Brumaire zu ermöglichen, das Direktorium zu stürzen und die Republik zu beseitigen.

Auch daß Herr von Usedom die Stoß-ins-Herz-Depesche ganz auf seine Rechnung nimmt, kommt nicht wesentlich in Betracht. Wir haben schon früher gelesen, daß Herrn Usedom die Rolle eines Sündenbocks auch noch bei andern Gelegenheiten beschieden, war — denn: „Pech haben ist eine Eigenschaft!" sagte schon Usedom's Autorität, Napoleon I.

Das Nachspiel im preußischen Landtag.

Die Enthüllungen Lamarmora's, die im Spätsommer 1873 erschienen, erregten Anfangs in Deutschland kein sonderliches Aufsehen. Das Buch selbst konnte nicht in die große Masse des Volkes dringen und die deutsche Presse, „das funktionirende Gehirn des deutschen Bürgerthums", wie sie ein

bekannter Schriftsteller treffend benennt,*) that, das Ueb
Die „National-Zeitung" schrieb im September 1873:

„Alle solche Enthüller, wie Benedetti**) und Lamarm
tragen nur dazu bei, den Ruhm des preußischen Staatman
zu erhöhen und dessen Ueberlegenheit über die ande
Diplomaten zu beweisen, mit denen er es zu thun hatte."

Dieser Hymnus auf Bismarck ist um so unzutreffen
als ja gerade aus dem Buche Lamarmora's hervorgeht,
Bismarck eben das nicht erreichte, was er bezüglich Itali
beabsichtigte.

Indessen urtheilte die deutsche Presse, mit verhältnißmä
wenigen Ausnahmen über das Lamarmora'sche Buch ganz n
der Schablone des braven Herrn Zabel***), und: Lamarm
ist „abgethan", dachte sich das „Denkervolk".

Doch so leicht sollte dieser „Kelch" nicht vorübergehen.

In der Sitzung des preußischen Landtags vom 15. Janu
1874, wo über die Civilehe berathen wurde, machte der ult
montane Abgeordnete von Schorlemmer-Alst einige s
kräftige und deutliche Anspielungen auf die ungarische A
gelegenheit vom Jahre 1866, während am nächsten Ta
Vormittags der bekannte ultramontane Abgeordnete Mallin
rodt in nicht minder verständlicher Weise auf die Denkschrift,
welche der General Govone am 7. Mai 1866 an den Ritter
Nigra gerichtet hatte, sowie auf den Brief Govone's an La
Marmora vom 3. Juni 1866 Bezug nahm.

Diese Angriffe hatten zur Folge, daß Herr von Bismarck
am 16. Januar im Abgeordnetenhause erschien und während
der Debatte über die Civilehe das Wort ergriff, um auf die
Angriffe der beiden ultramontanen Abgeordneten zu antworten.
Wir lassen seine Rede nebst der sich daran knüpfenden Diskussion hier folgen†):

„Fürst Bismarck: Ich habe gehört, daß in der heutigen
Discussion von dem Abg. v. Mallinckrodt behauptet worden
ist, — ich bitte mich zu berichtigen, wenn ich Irrthümlichkeit

---

*) F. Lassalle in „Bastiat-Schulze von Delitzsch."

**) Dieser hatte schon 1871 sein bekanntes Buch „Ma Mission en Prusse" herausgegeben.

***) Der Redacteur der „National-Zeitung."

†) Nach dem Landtagsbericht der „Frankfurter Zeitung."

erfahren habe; — ich hätte dem italienischen General Govone gegenüber die Absicht der Abtretung eines preußischen Bezirks an der Mosel und der Saar in Aussicht gestellt. Ich bin genöthigt, mit den stärksten Ausdrücken dies für eine lügenhafte Erfindung zu erklären. Diese hat der Herr Abgeordnete natürlich nicht gemacht, aber er sollte doch vorsichtiger sein mit Anführung von Nachrichten, die in verläumderischer, gehässiger Absicht erfunden worden. Es ist auch nicht eine Silbe davon wahr; ich habe Niemanden die Abtretung auch nur eines Dorfes, auch nur eines Kleefeldes zugesagt. Diese Behauptung erkläre ich nochmals für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist. (Lebhafter Beifall.) Ich bin, da ich einmal zu einer persönlichen Bemerkung das Wort genommen habe, genöthigt, auf einen andern Fall, der gestern vorgekommen ist, zurückzugreifen. Ich wollte den Herren, die dabei betheiligt sind und namentlich, wenn sie nach ihren Behauptungen und, wie ich annehme, ehrlichen Behauptungen, die Sache des Christenthums, die Religion der Wahrheit vertheidigen, rathen, doch vorsichtiger mit ihren Behauptungen zu sein und nicht alles anzunehmen, was ihnen aus unlauterer Quelle beigebracht wird. Ich möchte den Herren doch zu bedenken geben, daß die von Gott gesetzte Obrigkeit, die über uns regiert, auch in den Organen, die Se. Majestät an die Spitze des Reiches stellt, Anspruch, ich will nicht sagen auf persönliche Rücksichten, aber doch wenigstens auf decente Behandlung hat und daß man nicht gut thut, seine eigene Regierung zu verläumden. Man hat von dem Vogel mit seinem Nest ein Sprichwort, das ich hier aber nicht ausführen will, aber proper ist diese Operation nicht. Was den gestrigen Vorgang betrifft, so habe ich die Ausführungen des Herrn von Schorlemer aus den bereits gedruckten Berichten entnehmen können und also etwas ausführlicher, als die mir nur durch Hörensagen zugekommenen Entstellungen von heute. Der Herr Abgeordnete hat mir Inkonsequenz nachzuweisen gesucht. Nun, wenn es ihm gelungen wäre, so würde es um die Sache, die er vertheidigt, in keinem Maße gebessert sein. Aber es ist ihm in keiner Weise gelungen. Er hält mir vor, daß ich früher gesagt habe, das Dogma der Unfehlbarkeit, das von vielen Millionen Katholiken angenommen worden sei, müsse respectirt werden. Ja, das ist heute noch meine Ansicht. Ich habe es

auch respectirt. Habe ich es je angefochten? Bestreitet man Ihren Glauben in irgend einer Weise? Wir haben nur die Consequenzen gezogen, welche ihm für unser Staatsleben entfließen und auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, in die unser Staatsleben dadurch kommt, auf die Nothwendigkeit, daß man so wenig wie möglich von Glaubenssachen in das Staatsleben hineinthun müsse. Aber den Glauben respectire ich ja und würde ihn, wenn er sich auf Dinge erstreckte, die mir und den andern evangelischen Christen noch ferner wären, dennoch respectiren. Wieso dies damit in Widerspruch steht, was ich neulich über eine andere Sache gesagt habe, verstehe ich nicht. Die Herren müssen nur nicht die Freiheit des Glaubens so auslegen wollen, als ob sie in einer Herrschaft über Andersgläubige und über den Staat bestehe. Für Sie ist Nichtherrschen schon mit Unterdrücktsein gleichbedeutend. Ich habe es neulich schon gesagt, wir verlangen auch Achtung für uns Andersgläubige und Achtung vor unsrem Glauben, die wir bei ihnen nicht immer finden. Dann hat der Herr Abgeordnete darüber Thatsachen zum Beweis meiner Behauptungen vermißt, daß das Auftreten der Bischöfe ein revolutionäres wäre. Ich habe ja damals gleich in der Rede selbst darauf aufmerksam gemacht, worauf ich es begründe, und die Thatsache, daß die Herren Bischöfe dem Gesetz den Gehorsam aufkündigen, die Autorität des Gesetzes leugnen, als Gesetzesverächter dem Staate gegenüber stehen, wird doch der Herr Abgeordnete nicht leugnen; er müßte denn gar keine Zeitung lesen. Daß er überhaupt wenig liest, habe ich aus der letzten Rede geschlossen (Heiterkeit), aus dem ganzen Inhalt seiner Rede, welcher zeigt, daß er auch meine Rede, auf die er anspielt, nicht gelesen, und ich halte es nicht für richtig, Angriffe gegen vielbeschäftigte Beamte lediglich auf Vermuthungen zu gründen. Der Herr Vorredner ist gewiß ein wahrheitsliebender Mann und ich bin überzeugt, daß er nicht freiwillig eine Thatsache behauptet, die er als falsch erkennt. Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß er in dieser Beziehung die Doctrin mancher Orden, die lebhafte Verfechter derselben Sache sind, irgendwie theilt, aber ich glaube, zu einer vollständig skrupulösen Wahrheitsliebe gehört auch, daß man das, was man als wahr behauptet, etwas genauer prüft, und wenn der Herr Vorredner [illegible]

belastet sei, der verdiene wenig Glauben, so möchte ich ihm erwidern, daß ein Mann, dessen Reden mit einer solchen Geringschätzung der Thatsachen und der wirklichen Verhältnisse belastet sind, noch viel weniger Glauben verdient und doch sein Auftreten um so vorsichtiger sein müßte, je mehr er selbst auf den gewiß verdienten Ruf der Wahrheitsliebe hält. Der Vorredner hat unter Anderem gefragt: wer hat mehr zum Umsturz der alten deutschen Bundesverfassung beigetragen, die doch auch ein Gesetz war? Ja, das ist etwas ganz Anderes, sich die Abschaffung und Aenderung einer gesetzlichen Einrichtung zum Ziel zu machen oder die Autorität des rite bestehenden Gesetzes schlechtweg zu leugnen und ihm sich nicht zu unterwerfen. Außerdem giebt es eine Menge von Leuten, die mehr zur Zerstörung des alten Bundestags gethan haben, wie ich, namentlich alle politischen Freunde des Redners von gestern (Sehr richtig) und namentlich vor allen Dingen die Majorität der damaligen Regierungen, die eben Beschlüsse faßten, von denen sie ganz sicher voraussehen mußten, daß sie den Bund und die Verfassung sprengen mußten. Herr von Schorlemer hat ferner die Behauptung aufgestellt, die mit der heutigen von Mallinckrodt unter dieselbe Kategorie gehört, ich hätte die ungarischen und dalmatischen Regimenter 1866 zum Abfall auffordern lassen. Es ist einfach nicht wahr und wenn der Abgeordnete so bereitwillig ist, von mir über die manifestesten, offenkundigsten Thatsachen, etwa ob heute die Sonne scheint, einen Beweis zu verlangen, den man augenblicklich nicht bringen kann, den aber der Abgeordnete von offenkundigen, von Niemand in Zweifel gezogenen Thatsachen oft fordert, so hat er sehr gut in seiner Disputirschule gelernt, jedesmal nach Beweisen zu fragen, und diesem Ruf begegne ich aus dem Centrum jedesmal als Discussionsmittel. Es sind eine Menge Dinge, die bekannt sind, zu deren Beweise aber, wenn er wissenschaftlich geführt werden sollte, man Bücher und Vorlesungen beibringen müßte. Für die behaupteten Thatsachen von 1866 würde doch aber der Abgeordnete irgend einen Beweis beibringen müssen. Es ist weltbekannt, daß sich eine ungarische Legion aus ungarischen Kriegsgefangenen hier gebildet hat. Es wurden uns in dieser Beziehung Anerbietungen schon bei Ausbruch des Krieges gemacht: ich habe sie damals zurückgewiesen, obschon es gewiß eine schwere Verantwortung für einen Minister war, in einem

Kampf mit einem so waffenfähigen Reiche wie Oesterreich — die unsrigen waren damals nicht erprobt — irgend einen Beistand zurückzuweisen, der nach Kriegsrecht möglich war; es wäre das eine Unterschätzung des Gegners gewesen. Indessen, da ich immer darauf gerechnet hatte, die Verhältnisse mit Oesterreich nicht dahin zu treiben, daß sie zu unversöhnlichem Zwiespalt führten, — eine Ueberzeugung, der ich noch Ausdruck gegeben habe, bis zu Sr. Apostolischen Majestät hin in dem Moment, wo unsere Truppen schon marschirten, da noch habe ich Vorschläge gemacht, die leicht zu einer Vereinbarung hätten führen können — also ich habe am Anfang des Kriegs energisch Anerbietungen zurückgewiesen, und erst in dem Moment, als nach der Schlacht bei Sadowa der Kaiser Napoleon telegraphisch seine Einmischung in Aussicht stellte, da habe ich mir gesagt, ich habe meinem Lande gegenüber nicht mehr das Recht, irgend ein Mittel der Vertheidigung und Kriegsführung, welches kriegsrechtlich vollständig erlaubt ist, zu verschmähen, da ich es nicht darauf ankommen lassen wollte, daß unsere Erfolge durch das Ersch einen Frankreichs auf der Bühne wieder in Zweifel gestellt würden; wenn Frankreich auch damals sehr wenig Truppen hatte, so hätte doch ein geringer Zusatz von französischen Truppen hingereicht, um aus den zahlreichen süddeutschen Truppenmassen, die ein sehr gutes, aber nicht organisirtes Material darstellten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht hätte, zunächst Berlin zu decken und alle unsere Erfolge in Oesterreich aufzugeben. Damals habe ich in einem Act der Nothwehr die Bildung dieser Legion nicht gemacht, sondern ermächtigt. Was liegt nun darin Revolutionäres? Ich möchte einmal die Frage oder Erwägung des gestrigen Herrn Redners umkehren. Wenn wir mit einem wiedererstarkten Frankreich in Krieg wären, und die Hetzereien der süddeutschen Blätter fortdauerten, die dieselbe Sache wie das Centrum und die „Germania" nur etwas plumper vertheidigen, die von ihren Bundesgenossen vom rechten Flügel, von den anständigeren Truppencorps nicht desavouirt worden sind — und es trete dann der Fall ein, daß mit Zuhülfenahme der subversiven Tendenzen, des Beispiels der Gesetzesverachtung hochstehendster Prälaten, der aufregenden Diatriben, die wir in den Blättern des Centrums an Volksschichten gerichtet sehen, die so genau logisch ihre Pflichten und Rechte

nicht abwägen, wie wir es hier in diesem Raum thun — Alles dies, sage ich, hätte zur Folge, daß sich nun aus deutschen Mitbürgern oder aus deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine päpstliche Legion bildete, um Frankreich beizustehen; würde dann Herr von Schorlemer dem französischen Staatsmanne, der in dem sehr schweren Kampfe mit dem deutschen Reich sich diese Velleität einiger unserer Landsleute — ich hoffe es werden nur wenige oder gar keine sein, aber theoretisch wäre der Fall doch denkbar — zu Nutze machte, würde er dem französischen Staatsmanne, der an der Spitze stände, vielleicht dem Könige Heinrich, Grafen von Chambord, die Annahme dieser Hülfe als ein revolutionäres Gebahren vorwerfen? Ich glaube nicht. Er könnte eher die Deutschen Revolutionärs nennen — obschon es noch andere Bezeichnungen dafür gibt — die von ihrem Vaterlande abfallen und dem Feinde Dienste leisten; aber den Feind, der einen Deserteur aufnimmt, so zu nennen, da muß der Herr Vorredner doch vom Kriegsgebrauch sehr wenig wissen. Ich würde überhaupt, wenn ich so wenig von der Welt wüßte wie der Herr Vorredner, weniger oder doch weniger zuversichtlich reden. (Große Heiterkeit.) Eins hat mich am meisten frappirt, was eigentlich nicht gegen mich persönlich gerichtet war, daß der Herr Vorredner die Lockerung aller Bande der Familien gewissermaßen und das „Geborenwerden unter dem Fluche der Sünde" als eine natürliche Consequenz der Einführung der Civilehe ansieht; trifft denn diese Consequenz der Zerrüttung des Familienlebens z. B. in der Rheinprovinz zu? die doch dem Vorredner besser bekannt sein wird, als die politischen Thatsachen, auf die er sich bezogen hat? Ich halte gerade das Familienleben und insbesondere das eheliche Verhältniß bei unseren rheinischen Mitbürgern für ein Beispiel echt deutscher Sitte, das mit dem in Frankreich auf's Angenehmste contrastirt. Ich glaube, daß gerade am Rhein, wenn man statistische Data über diese Frage aufstellen könnte und wollte, die eheliche Sittlichkeit eine sehr hohe Stufe einnehmen würde. Und was den Unterschied betrifft, so stelle er sich bei Einführung der Civilehe so: dann würden die Abkömmlinge einer solchen Ehe „unter dem Fluche der Sünde geboren werden" — da möchte ich doch an den Herrn Vorredner als Christ — denn ich glaube gewisse Grundbekenntnißwahrheiten theilen wir doch — die Frage stellen, ob er

selbst dann glaubt, nicht unter dem „Fluch der Sünde“ geboren zu sein? Wenn er es behauptet, so muß ich sagen, daß ihm, der als einer der hauptsächsten Vertheidiger des Cristenthums auftritt, nicht nur die Kenntniß der Politik, sondern auch die Kenntniß einer der ersten christlichen Heilswahrheiten abgeht. (Beifall.)

Abgeordneter Windthorst (Meppen): (Zur Geschäftsordnung.) Ohne Zweifel waren die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von großem Interesse. Aber ich frage den Herrn Präsidenten, wie es möglich ist, daß wir, mitten in der Specialberathung, mit einem Male Erörterungen hören, die zu diesem Paragraphen so wenig wie zu dem ganzen Gesetz gehören. Ich meinerseits will dies gelten lassen und nur die Frage daran knüpfen, ob die Discussion von gestern und die Generaldiscussion wieder eröffnet ist. Dann erbitte ich das Wort dazu. (Heiterkeit.)

Lasker: Der Minister des Königs hat jederzeit das Recht das Wort zu nehmen, ohne daß der Präsident controlliren kann wozu. Jedenfalls wird aber der Herr Präsident gestatten, daß von den angegriffenen Rednern Bemerkungen darüber gemacht werden.

Bismarck: Ich erlaube mir wiederholt in's Gedächtniß zu rufen, daß ich den Herrn Präsidenten um das Wort bat zu einer persönlichen Bemerkung und daß vor dem Moment, wo diese Bemerkung gemacht wurde, ich die Absicht hatte, nach Verabredung mit Anderen für das, was ich zu sagen hatte, einen schicklichen Platz an einer andern Stelle zu suchen. Da aber meine Bemerkung wesentlich persönlicher Natur, die Antwort auf ungeheuerliche persönliche Angriffe war, denen ich in meiner Abwesenheit ausgesetzt gewesen bin, so hat mich der Umstand, daß ich unerwartet sah, wie von dort drüben zu einer persönlichen Bemerkung das Wort genommen wurde, zu der Bitte veranlaßt, meine persönliche Bemerkung daran knüpfen zu können.

Windthorst (Meppen): Eine persönliche Bemerkung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie im Zusammenhange mit der unmittelbar vorhergehenden Discussion gemacht worden ist. Unzweifelhaft hat der Minister das Recht, jederzeit gehört zu werden, dagegen behält der Präsident die Controle, ob der Minister zur Sache spricht oder nicht. Es geschieht dies nicht

nur aus formellen Rücksichten, sondern auch zur Sicherheit einer freien Discussion. Der Abgeordnete v. Schorlemer ist gegenwärtig gar nicht da, also auch nicht in der Lage, sich zu vertheidigen. Ich muß gegen solche Verkehrung der Geschäftsordnung und der Freiheit der Einzelnen entschieden Verwahrung einlegen.

Fürst Bismarck: Ich erlaube mir nur, den Herrn Vorredner darauf aufmerksam zu machen, daß ich, als Herr von Schorlemer mich angegriffen hat, ebenfalls hier nicht anwesend war (Heiterkeit) und daß er deshalb diese feine Bemerkung zunächst gegen seinen Collegen hätte richten müssen. Der angreifende Theil hat die Wahl des Moments, der vertheidigende nicht immer. Ich kann nicht 36 Stunden hingehen lassen, damit alle Unwahrheiten telegraphisch unwiderlegt in die Welt gehen.

Lasker: Es ist schon Dutzende Mal dagewesen, daß ein Minister mitten in der Debatte das Wort ergriffen hat, um einen Gesetzentwurf einzubringen. Also auch dem Sinne nach ist der heutige Vorgang gerechtfertigt. Der Sache nach aber verdient es das höchste Lob, wenn der Herr Ministerpräsident keine Stunde vorübergehen läßt, um die schmählichsten Verläumdungen, welche bisher nur in einer Brochüre abgedruckt waren, jetzt aber von einem Abgeordneten in das Parlament gebracht worden sind, als ruchlose Verläumdungen zurückzuweisen. (Beifall.)

v. Mallinckrodt: Der Vorredner betont unter dem Beifall des Hauses, daß der Ministerpräsident nicht eine Stunde vorübergehen läßt, ohne Verläumdungen zurückzuweisen. Und doch hat er viele Monate vergehen lassen, ohne gegen denselben Vorwurf ein Wort zu erwidern. In geschäftlicher Beziehung halte ich es für gerechtfertigt, daß der Minister jeder Zeit das Wort ergreifen darf, trotzdem hat der Präsident die Pflicht, die Ordnung des Hauses zu schützen. Gegen die Ordnung wird aber verstoßen, wenn man eine Specialdiscussion unterbricht und in ganz willkürlicherweise andere Gegenstände zur Erörterung bringt. Man müßte sich über die Geschäfts-Ordnung hinwegsetzen, um auf die Aeußerungen des Ministerpräsidenten zu antworten. Ich erinnere mich, daß derselbe früher einmal in einer persönlichen Bemerkung sehr weitgehende Angriffe gegen den Abgeordneten Windthorst machte und daß

der Präsident, um die Interessen des Abgeordneten einigermaßen zu schützen, durch einen Schriftführer demselben bedeuten ließ, er gestatte ihm die weitesten Schranken für seine Erwiderung. Ich hoffe, daß der Herr Präsident heut ebenso verfahren wird. Wenn der Herr Ministerpräsident sagt, auch er sei gestern in seiner Abwesenheit angegriffen worden, so übersieht er hierbei völlig, daß er nach der Tagesordnung berufen war, im Hause zu erscheinen, während dies bei dem Abgeordneten v. Schorlemer nicht so sehr der Fall war. Uebrigens hat erst neulich der Herr Ministerpräsident Vorwürfe gegen die Bischöfe erhoben, die in vielen Augen als Verläumdung gelten, obschon dieselben nicht anwesend waren.

Fürst Bismarck verlangt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Präsident v. Bennigsen spricht den Wunsch aus, erst die geschäftliche Frage zu erledigen, worauf Fürst Bismarck vor der Hand nicht weiter das Wort verlangt. Der Präsident bemerkt darauf, daß es geradezu Präjudiz im Hause sei, daß mitten in der Debatte von dem Minister Sachen der allgemeinen Politik erörtert werden dürfen. Er fasse den jetzigen Vorfall so auf, daß der Ministerpräsident gegenwärtig eine Erörterung seiner Politik gegeben habe, auf welche die späteren Redner sich beziehen dürften. Eine Aufnahme der Discussion über § 6 sei nicht mehr möglich, da man bereits in der Abstimmung stehe. Dagegen wolle er gelegentlich constatiren, daß durch eine persönliche Bemerkung eines Regierungsvertreters die Discussion ebenfalls wieder eröffnet sei.

v. Gerlach will bei diesem Anlaß bestätigen, daß nach der Verfassung die Minister des Königs zu jeder Zeit das Wort zu verlangen das Recht haben, ohne der Geschäftsordnung des Hauses unterworfen zu sein. Präsident v. Bennigsen erklärt sich für sein Theil mit dem letzten Satz des Herrn von Gerlach nicht einverstanden, sondern hält an der Auffassung fest, zu der sich seine Vorgänger im Präsidium bekannt haben.

v. Mallinckrodt: Der Herr Ministerpräsident scheint über meine Ausführung nicht treu berichtet zu sein. Ich habe nicht davon gesprochen, daß er eine Zusicherung gemacht habe. Redner verliest die bezügliche Stelle. Ich habe diese Behauptung in amtlichen Actenstücken gelesen und bin bis jetzt aller-

dings von der Wahrheit überzeugt gewesen, da sie noch nicht widerlegt ist. — Wenn nun der Ministerpräsident die Unwahrheit derselben behauptet, so bin ich nicht in der Lage, meine bisherige Auffassung als die richtigere gegen die von maßgebender Stelle ausgehende hinzustellen. Ich indossire dann einfach den Vorwurf der Lüge, der ja gar nicht persönlich gegen mich gerichtet sein sollte, an die richtige Adresse, d. i. den Minister-Präsidenten General Lamarmora. Warten wir ab, ob derselbe in der Lage ist, den Beweis für seine Behauptungen anzutreten.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat eine eigenthümlich in der Politik der ganzen Partei begründete Art, sich aus der Affaire zu ziehen, sowie er sieht, daß die Schußlinie unangenehm wird und den Vorwurf zu indossiren an Jemanden, der übrigens weder Ministerpräsident noch General mehr ist, sondern einfacher Privatmann, der unerlaubterweise Actenstücke veröffentlicht hat, die in seinem früheren amtlichen Verhältniß zu seiner Kenntniß gekommen sind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italienischer Seite auf meine vertraulichen Erkundigungen mitgetheilt ist, ein Strafgesetz in Italien nicht giltig ist. Zugleich aber — und das zeigt doch auch das Maß von Ansehen, das in Italien diesen Veröffentlichungen zu Theil wird — ist mir gesagt worden, daß man in Folge dieses Vorganges das Bedürfniß anerkannt hätte, ein solches Strafgesetz in Italien herzustellen. Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugniß eines Feindes, als das der Thatsachen herbeizieht, wundert mich nicht, ein solcher aber ist der Graf Lamarmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik und ich könnte über seine Politik weit mehr und viel unangenehmere Bücher schreiben, als er über die meinige, wenn ich nicht die Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da, er braucht auf die Interessen und Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten viel weniger Rücksicht zu nehmen, als ich es gezwungen bin. Der Herr Vorredner sagte, er hätte seinerseits an die Echtheit geglaubt. Ja, meine Herren, wenn ich alles öffentlich sagen wollte, was ich glaube über manche Leute (Heiterkeit), so könnten wir leicht in eine üble Lage kommen. Ich halte mich dazu jedoch nicht für berechtigt,

namentlich in öffentlicher Versammlung und in amtlicher Stellung, ehe ich nicht die Wahrheit dessen, was ich vorbringe, etwas mehr geprüft habe. Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, daß Monate lang diese, wie gesagt, von einem Privatmann publizirte Sammlung zu Unrecht entwendeter Actenstücke, d. h. subjectiver Actenstücke; es sind ja doch immer nur einseitige Berichte einzelner Personen, die darin ihre Eindrücke von vertraulichen Unterredungen veröffentlichen; er hielt sich für berechtigt, daran zu glauben, weil Monate verflossen waren ohne eine Widerlegung. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur vielleicht im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds. Da müßte ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um das blos lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu Theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, vom Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheins umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten, und ich behaupte stolz, die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin. Ich freue mich, daß der Herr Vorredner durch ein Kopfnicken mir das bestätigt, sein Gerechtigkeitsgefühl gesteht mir das zu (Heiterkeit). Und wenn ich auf Alles das, was in Frankreich, in Italien, in Polen — und ich will das Andere gar nicht nennen — gegen mich geschrieben wird, auch nur lesen wollte — ich habe mir nachgerade eine *ziemlich hochmüthige Verachtung* gegen diese Elaborate angewöhnt und die Herren sind auf dem besten Wege, mich dahin zu bringen, daß ich das Gebiet, was davon betroffen wird, noch *weiter ausdehne*. (Heiterkeit). Bisher aber halte ich es für meine Pflicht, wenn ich hier von einem Vertreter dieses Landes in einer so prägnanten Weise angegriffen werde, auch hier darüber Rede zu stehen. Ich halte es auch für mein Recht, nicht abzuwarten, bis der Moment günstiger ist und

etwa nach 6 Wochen zu sagen, Herrn v. Schorlemer's oder Herrn von Mallinckrodt's damalige Behauptungen waren nicht begründet. Wenn nun der Herr Vorredner mir vorwirft, daß ich gestern bei der Tages-Ordnung nicht erschienen sei, so ist es ja nicht meine Aufgabe, in die Materie des Gesetzes einzugehen. Der Herr Vorredner kann aber sicher sein, daß, wenn auf der Tagesordnung nicht die Civilehe, sondern die Verbreitung falscher Thatsachen gegen den Ministerpräsidenten gestanden hätte, ich gewiß erschienen wäre. (Große Heiterkeit.)

v. Mallinckrodt: Mich aus der Schußlinie zu ziehen, ist nicht meine Art. Eher hätte der Herr Ministerpräsident die Sache abkürzen können durch eine Erklärung über den Inhalt oder Nichtinhalt der Actenstücke. Seine poetischen Ausführungen der Tiber und Garonne erinnerten mich an die Zeit der Troubadours. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist der Autor des fraglichen Buches Ministerpräsident und General gewesen und somit in der Lage, authentische Actenstücke zu besitzen. Wieviel Wahrheit in ihnen enthalten ist, wäre sehr interessant zu erfahren. Bei Ermittelung der Wahrheit kommt es auch nicht auf die politische Stellung der Zeugen an, sondern nur darauf, wie weit derselbe glaubwürdig ist. Wenn der Ministerpräsident glaubt, die Ehre des eigenen Landes liege ihm mehr oder weniger am Herzen als mir, so räume ich dies durchaus nicht ein. Die Ehre des Landes soll jedem Bürger gleich nahe am Herzen liegen (Rufe: Soll), nur die Auffassung darüber kann variiren, und da glaube ich, daß die höchste Ehre in einer ehrenhaften Politik besteht, und läßt die Regierung nach dieser Richtung unehrenhafte Handlungen zu Schulden kommen, so ist gerade die Landesvertretung berufen, dies der Regierung zu sagen; gerade dadurch wird die Ehre dem Auslande gegenüber sicher gestellt, nicht durch Verdeckung der Fehler. (Beifall im Centrum.)

Fürst Bismarck: Ich muß dem Herrn Vorredner sagen, daß er durch die Art seiner letzten Ausführung sich doch wieder einigermaßen in die Schußlinie, die ich gegen Lamarmora machte, hineinbegeben hat. Er sagte, nachdem ich mich zu dem so bestimmten Dementi verstanden habe, es ändere dies die Sache und wenn er früher dies gewußt hatte, so hätte er nicht daran geglaubt. Aber hat nicht der Vorredner in seinen letzten Aeußerungen die Tendenz durchblicken lassen, er möchte

doch den Glauben daran aufrechterhalten? Das ist die eigenthümliche Fechtweise jenes Herrn, gegen die schwer aufzukommen ist. Den Herrn Vorredner zu überzeugen, fällt mir nicht ein, ich will es auch gar nicht versuchen, weil es doch fruchtlos sein würde. Im Uebrigen aber möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, wenn er sich so hartnäckig auf sein apokryphisches Zeugniß beruft, was im Auslande geboren ist und auf solche Actenstücke, die Berichte eines Gesandten geben, der mit mir Unterredungen gehabt hat, daß der Herr Vorredner mich noch genauer beschuldigt, als das Buch, indem er mehrmals Conjunctive gestrichen und Indicative dafür gesetzt hat. Wenn mir der Herr etwas vorwerfen will, so hat er wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen, alle apokryphischen Zeugnisse muß er aber refusiren. Habe ich denn etwas abgetreten? Wenn ich Verhandlungen darüber anknüpfen wollte, hätte ich es nicht mit großer Leichtigkeit thun können? Mit der Abtretung von wenig Dörfern, ja nur eines Dorfes, nur das ein Schandfleck auf unsere Politik käme, hätte ich gegen den Kaiser Napoleon die gewaltigsten Resultate erreicht. Denn so viel hatte die deutsche Bildung, welche Napoleon genossen, nicht bei demselben vermocht, daß er nicht unsere Sittlichkeit hätte auf die Probe stellen wollen. (Heiterkeit.) Ich finde gar nicht das Recht, in dieser Weise durch den Mißbrauch der Tribüne den Vertreter der Regierung zu nöthigen, sich gegen solche Vorwürfe zu verantworten, für die mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt; aber die Presse wird ihn schon finden. (Beifall.)

v. Mallinckrodt erwidert dem Ministerpräsidenten, daß der Ausdruck apokryph für das Werk Lamarmora's nicht richtig gewählt sei.

Lasker constatirt, daß der Vorredner in der vorher erwähnten Rede mit den Worten geschlossen habe, wer also wohl patriotischer sei, Fürst Bismarck oder er. Er habe damit den Vorwurf der unpatriotischen Handlungsweise des Fürsten sich zu eigen gemacht.

Damit erklärte der Präsident diesen Zwischenfall für erledigt, und das Haus kehrte zu seiner Tagesordnung zurück."

Wir haben hier nur hinzuzufügen, daß Herr von Schorlemer-Alst, welcher in der Sitzung vom 16. Januar nicht an-

wesend war, am 17. Januar im Abgeordnetenhause auf die Rede des Herrn von Bismarck Antwort gab, die aber nur von persönlichem Interesse ist.

Die Antwort Lamarmora's.

Wer unsere officiöse Presse kennt und die Wunder schon geschaut hat, welche der Reptilienfonds zuweilen verrichtet, der findet es ohne Weiteres begreiflich, daß nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar die gesammte „patriotische" Presse des deutschen Reiches wie eine hungrige Meute über Lamarmora herfiel. „Urkundenfälschung" und „Actendiebstahl" war das Geringste, was man ihm vorwarf und es war erheiternd anzuhören, wie „unser Braun", der überführte Plagiarius*), in seiner „Spener'schen Zeitung" vom hohen Pferde der „sittlichen Entrüstung" herab dem „Fälscher" Lamarmora den Text las.

In den Depeschen des Wagner'schen Bureau war damals zu lesen:

„Berlin, 22. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt officiös: Die Discussion über das Buch Lamarmora's in dem Abgeordnetenhause habe zur Prüfung jenes Buches Anlaß gegeben. Dabei sei constatirt, daß die von Lamarmora mitgetheilten Depeschen Govone's von Anfang bis zu Ende gefälscht oder gar völlig erfunden seien. In Folge dessen sei an die italienische Regierung die Anfrage gerichtet, ob die fraglichen Depeschen sich in deren Besitz befinden und ob sie an der Hand der Originale das Maaß der Fälschungen in dem Lamarmora'schen Buche constatiren wolle.

Ueber diesen Artikel war in der „Frankf. Ztg." vom 25. Januar 1874 (2. Blatt) zu lesen:

„Berlin, 23. Januar. Wolff's Telegraphenbureau übermittelte gestern Abend einen Auszug aus dem gegen Lamarmora gerichteten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." nach Rom

*) Einer, der die Bücher Anderer abschreibt und sie für eigene Arbeit ausgiebt. Siehe Braun's „Reiseerinnerungen aus Holland" im Jahrgang 1871 der „Gartenlaube", die solch ein Plagiat sind.

an die dortige „Agenz. Stephani." Heute Morgen langte die Depesche wieder hier ein mit der Bemerkung, daß die Aufnahme derselben in die „Telegraphische Correspondenz" verboten sei, weil es unpassend gefunden sei, einen um Italien verdienten General und Staatsmann der Fälschung zu zeihen, sowie auch bis jetzt nichts davon bekannt sei, daß das Berliner Cabinet eine Anfrage, wie sie die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet, nach Rom gerichtet habe."

Der officiöse „Reichsanzeiger" wußte es noch besser. Dort las man am 22. Januar:

„Nachdem die durch Lamarmora veröffentlichten angeblichen Depeschen Govone's in Folge neuerer Besprechungen derselben von eingeweihten Personen einer näheren Prüfung unterzogen worden sind, hat sich letzteren die Ueberzeugung aufdrängen müssen, daß die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht ganz erfunden sind, da sie sich mit den hier gepflogenen Verhandlungen weder dem Gegenstande noch der Reihenfolge nach decken. Vorläufige Anfragen bei der italienischen Regierung haben ergeben, daß die von Lamarmora angeführten angeblichen Depeschen im italienischen Archiv gar nicht vorhanden sind und über Existenz, Inhalt und Verbleib derartiger Berichte dort nichts bekannt ist. Das vom Abgeordneten von Schorlemer-Alst am 17. d. M. vor dem Abgeordnetenhause citirte Billet Usedoms vom 12. Juni 1866 dagegen ist dem vollen Inhalte nach bekannt. Bei der Wiedergabe desselben sind von Lamarmora nach den Worten „par rapport à affaire hongroise" die Worte unterdrückt „pour laquelle votre excellence a bien voulu m'adresser." Der hier einstweilen von uns nicht genannte Name ist der eines hervorragenden Führers der ungarischen Emigration. Lamarmora hat das in seinen Händen befindliche Actenstück in dieser Weise verstümmelt, weil jene Worte allein schon seine auch anderweit leicht zu widerlegende Behauptung entkräften, daß er mit der ungarischen Bewegung in keiner Beziehung gestanden habe."

Wie wir gleich sehen werden, mußte der „Fälscher" La Marmora die falschen Einschiebungen beseitigen, welche der „Reichsanzeiger" in das Usedom'sche Billet hineinzupraktiziren suchte.

Der so vielfach provocirte Lamarmora ließ mit seiner Antwort nicht lange auf sich warten. Sie schlug das officiöse Geflunker wie mit einer Keule todt.

Acht Tage nach der Scene im preußischen Abgeordnetenhause las man in dem bekannten italienischen Blatte „Opinione“:

„Geschätzter Herr Redacteur des Journals L'Opinione!

Florenz, 26. Januar 1874.

„Unterrichtet von den schweren Anklagen, welche in der Abgeordnetenkammer zu Berlin am 16. Januar gegen mich gerichtet wurden und von jenen anderen, welche in der Folge viele deutsche Journale verbreitet haben, ersuche ich Sie, diese meine Erklärung in Ihrem geschätzten Journale zu veröffentlichen.

„Fürst Bismarck hat, um sich gegen den ihm in der Sitzung vom 16. Januar gemachten Vorwurf zu vertheidigen, als habe er einen Augenblick an die Abtretung irgend eines Zipfels des deutschen Gebietes gedacht — die Behauptung aufgestellt, daß diese Anklage nichts sei als das Echo einer niederträchtigen Verläumdung, welche im Auslande gegen ihn zu dem einzigen Zwecke erfunden worden, seinen Ruhm zu schwärzen. Wäre die Sache hierbei stehen geblieben, so würde meine Antwort leicht gewesen sein. Da ich absolut nichts behauptet hatte, konnte die Anklage der Verläumdung nicht gegen mich gerichtet sein.

„Was aber den General Govone als Verfasser des Documents betrifft, welches den Angriffen des Herrn Mallinckrodt als Text gedient hatte, so weiß Jeder, der diesen, Italien so vorzeitig entrissenen General*) gekannt hat, welcher in dem Rufe der Tapferkeit wie der Fähigkeit und Unbescholtenheit stand — daß er sich wohl täuschen konnte, indem er einigen Ausdrücken des preußischen Ministers einen Sinn zuschrieb, den sie nicht hatten — daß er aber unfähig war, die Wahrheit wissentlich zu entstellen oder Verläumdung gegen irgend Jemanden zu erfinden oder zu verbreiten.

---

*) General Govone starb im Januar 1871 durch einen Sturz aus dem Fenster.

„Aber der „Preußische Staatsanzeiger" bringt jetzt die Frage auf ein ganz anderes Feld. Es handelt sich nun die Note des Grafen Usedom vom 12. Juni 1866. Wenn die dort erhobenen Anklagen wahr wären, so wäre dieses Document, sowie andere, welche in meinem Buche: „Ewas mehr Licht über die politischen und militärischen Ereignisse im Jahre 1866" enthalten sind, vom Anfange bis zu Ende gefälscht. Und der Beweis der Fälschung soll daher genommen werden, daß ich jene Note auf eine Weise verstümmelt habe, daß dadurch der Sinn vollständig geändert wurde.

„Entschlossen, der unerhörten Provocation des Reichskanzlers und der officiösen deutschen Presse die Ruhe entgegenzusetzen, welche ich in der Sicherheit meines Gewissens finde, werde ich mich darauf beschränken, den speciellen Brief, welchen der Minister Usedom an mich richtete, hier im vollen Wortlaute anführen, indem ich jenen Theil unterstreiche, welchen ich in meinem Buche aus Rücksicht für die daselbst genannte Person weggelassen hatte. Folgendes ist der vollständige Brief:

„Florenz, 12. Juni 1866.

„In einem heute Nachts angelangten Telegramm läßt mich Graf Bismarck wissen, daß er in wenigen Tagen den Beginn der Feindseligkeiten erwarte.

„Was die ungarische Angelegenheit betrifft, so *hat sich Graf Csaky, den Sie an mich gewiesen haben und den ich meinerseits dem Grafen Bismarck empfohlen habe, letzthin nach Berlin begeben, wo er eine sehr gute Aufnahme gefunden hat.*

„Graf Bismarck empfiehlt mir eben in diesem Augenblicke, Eurer Excellenz mitzutheilen, daß die Regierung bereit ist, eine Hälfte der für die ungarische und slavische Angelegenheit nothwendigen Fonds zu liefern, wenn die italienische Regierung die andere auf sich nehmen will.

„Man bedürfte

1. eine Million Francs für den ersten Anfang und die Vorbereitungen.

2. zwei Millionen für den Moment, wenn die in Rede stehenden Bevölkerungen wirklich ins Feld rücken.

„Das würde also für jede der betreffenden Regierungen eine und eine halbe Million betragen.

„Graf Bismarck weiß jedoch nicht für den Fall, als dieser Vorschlag von der italienischen Regierung angenommen würde, um einer im Interesse der beiden Länder gemachten Unternehmung zu Hilfe zu kommen, wie er diese Summen mit der nöthigen Schnelligkeit an ihre Bestimmung gelangen machen könne. Er wäre Excellenz sehr verbunden, wenn Sie die auf Preußen entfallende Hälfte vom italienischen Staatsschatze vorstrecken wollten und ich bin für diesen Fall ermächtigt, Ihnen das officielle Versprechen der Rückvergütung von meiner Regierung zu geben.

„Da es in dem Viereck so viele croatische Regimenter gibt, so glaube ich, daß es von großer Wichtigkeit wäre, wenn man so schnell als möglich eine Bewegung auf der andern Seite des adriatischen Meeres ausbrechen machen könnte.

Usedom."

„Wenn ich nun der Beförderer der ungarischen Insurrection gewesen wäre, so würde sich Graf Bismarck nicht beim Grafen Barral über mich beschwert haben, wie aus dem Bruchstück des folgenden Telegramms vom 15. Juni (Seite 31 meines Buches) hervorgeht:

„Andererseits will ich Ihnen nicht verhehlen, daß ich es gerne gesehen hätte, wenn General Lamarmora die Combination angenommen hätte, welche uns mittels einiger gemeinschaftlich ausgelegten Millionen eine mächtige Insurrection in Ungarn verschafft haben würde.

Worauf ich noch an demselben Tage antwortete:

„Was die Ungarn betrifft, so scheint man in Berlin gar nicht zu wissen, daß Ungarn von Truppen fast entblößt, und daß es sich folglich erheben könnte, wenn es dazu geneigt wäre.

„Und wenn ich die Insurrection in Ungarn begünstigt hätte, so wäre mir sehr wahrscheinlich die unterm 17. Juni von Usedom zu dem Zwecke an mich gerichtete Note erspart geblieben, mir einen Feldzugsplan aufzuerlegen, der von ungarischen Emi-

grirten dictirt und auf die Insurrection begründet war, welcher ich, wie Allen bekannt, stets feindlich entgegengetreten bin.

„Da man jedoch, wenn ich die Mittheilungen des „Preußischen Staatsanzeiger" glauben soll, bereits dahin gekommen sein soll, unsere Regierung zu befragen, ob sich die von mir veröffentlichten Documente im Archiv des Ministeriums befinden und das Begehren zu stellen, daß man in diesem Falle zu einer Vergleichung des Originaltextes mit meiner angeblichen Fälschung schreite, so muß ich erklären:

1. Daß die in Frage stehenden Documente, da sie keine Staatsschriften, sondern Schreiben sind, welche einen privaten und vertraulichen Charakter besitzen — sich nicht beim Ministerium des Auswärtigen befinden können;

2. daß ich zur Ermöglichung der Vergleichung, an welche der „Preußische Staatsanzeiger" zu appelliren scheint, bei dem Notar Dr. Pierro Fratocchi, welcher sein Bureau in Rom, Via Muratte Nr. 20 hat, die Originale der in Frage stehenden Documenten deponire, um Jedem, der es begehrt, vorgezeigt zu werden, nämlich a) das Privatschreiben des Grafen Usedom vom 12. Juni 1866; b) den speciellen Bericht des Generals Govone vom 3. Juni 1866.

„Ich bewirke diese Deponirung, um auf eine ebenso schwere als unerwartete öffentliche Anklage zu antworten, nicht als ob ich es nöthig hätte, mich vor meinem Vaterlande zu rechtfertigen, wo stets Alle, Freunde und politische Gegner, meiner Loyalität volle Gerechtigkeit widerfahren ließen, wie sie mir, ich hoffe, alle Fremden, welche mein politisches Leben kennen, gewähren werden.

Genehmigen Sie, Herr Redacteur, die Ausdrücke meiner Achtung und Hochschätzung.

Alfonso Lamarmora."

Schluß.

Es erübrigt noch, hinzuzufügen, daß in der Sitzung der italienischen Kammer vom 3. Februar 1874 der Minister des

Aeußeren, Herr Visconti=Venosta, in der Sache Lamarmora=Bismarck von Nicotera interpellirt, erklärte, er müsse jede Verantwortung der Regierung für diese Veröffentlichung, die zu verhindern die Regierung völlig außer Stande war, ablehnen. Die Veröffentlichung sei um so ernster zu mißbilligen und um so tiefer zu beklagen, als dieselbe dazu gedient habe, gegen eine der italienischen innig befreundete Regierung den Vorwand zu Anschuldigungen zu liefern, die, weil sie vor den klar vor Augen liegenden Thatsachen in ihr Nichts zusammenfielen, doch nur allein auf mißverständlichen Auffassungen beruhen könnten. Die Regierung sei berechtigt, sich in dieser Form und Weise zu äußern, da die letztere allein der Wahrheit und den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen, sowie die Solidarität der gemeinsamen Interessen beider Regierungen gegenüber einer Partei entspreche, die überall in Europa agitire und deren Agitation vor Allem nur zum Grund und zum Zweck habe, zu Feindseligkeiten gegen Italien zu schüren. Der Minister fügte zu seiner Erklärung weiter hinzu, die vom General Lamarmora veröffentlichten Documente könnten nach seiner Ansicht, auch wenn sie nur einen durchaus vertraulichen Character trügen, doch nur als öffentliche Documente angesehen werden. In der italienischen Gesetzgebung fehle es betreffs Publikation solcher öffentlichen Documente an ausreichenden Bestimmungen, die Regierung werde sich deshalb mit der Prüfung dieser Frage weiter beschäftigen und zu geeigneter Zeit diesbezügliche reglementarische Maßregeln im Wege der Gesetzgebung vorschlagen. —

Von einer „Fälschung" von Actenstücken sagte Herr Visconti=Venosta Nichts. Aber seine Worte sind so tief in das Herz des königstreuen Lamarmora gedrungen, daß dieser den zweiten Band seiner Enthüllungen bis jetzt nicht veröffentlicht hat und wohl auch niemals veröffentlichen wird.

Nachtrag

zu dem Briefe Govone's an Lamarmora vom 3. Juni 1866.

Da Lamarmora das Original dieses Briefes bei einem römischen Notar zu Jedermanns Einsicht deponirt hat, so sind wir im Stande, die punktirten Stellen zu ergänzen:

In der deutschen Uebersetzung (Mainz bei Kirchheim) heißt es in Govone's Bericht S. 261.

„Ich fragte, ob über dem Rheine kein Landestheil vorhanden sei, wo eine Abstimmung zu Gunsten der Annexion an Frankreich irgendwie glücken könnte. Graf Bismarck erwiderte: Keiner; dieselben französischen Agenten (incorrect, denn im Original heißt es les agents français eux-mênes. Red.), welche das Land bereisten, um die Stimmung kennen zu lernen, berichteten Alle, daß keine Abstimmung, wenn sie nicht durchaus erkünstelt wäre, gelingen könne. Niemand liebt die Regierung, oder die auf dem eigenen Boden herrschende Dynastie, aber alle sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben; so erübrigte mir, Frankreich zu entschädigen. . . . ."

Im Original: de sorte qu' il ne resterait qu' à indemniser la France avec la partie française de la Belgique et de la Suisse. (So bleibe also nur übrig, Frankreich mit dem französischen Theil Belgiens und der Schweiz zu entschädigen.)

S. 262 der Uebersetzung: „Ich bin, fuhr er (Bismarck) fort, viel weniger Deutscher als Preuße und würde kein Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen dem Rhein und der Mosel an Frankreich zu unterschreiben: Pfalz, Oldenburg, ein Theil des preußischen Gebiets u. s. w. Der König jedoch . . . . würde die schwersten Scrupel empfinden 2c.

Im Original: Le roi, cependant, sous l' influence de la reine, qui n'est pas Prussienne, aurait de très-graves scrupules. (Der König jedoch, unter dem Einfluß der Königin, die keine Preußin ist, würde u. s. w.)

Auf derselben Seite fehlt der Name des Unterhändlers, der im Auftrage des Königs ohne Wissen Bismarcks in Dresden Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich gepflogen habe und

noch (am 3. Juni) pflege. Das Original sagt hier: „En ce moment encore le duc de Bade — ici je n' ai pas entendu le nom — neveu du roi, est à Dresde pour traiter de la paix. (Noch im Augenblick ist der Herzog von Baden (?) — hier habe ich den Namen nicht verstanden — Neffe des Königs, in Dresden, um über den Frieden zu verhandeln.) Prinz Wilhelm von Baden?

S. 262—63 der Uebersetzung: „Kaum tauchte der Vorschlag der Pariser Conferenz auf, als der König den Ausmarsch der Garde von Berlin suspendiren wollte, um einen Beweis seiner aufrichtigen friedlichen Bestrebungen zu geben. Heute hatte ich und viele Generale zu kämpfen, bis wir den König bestimmen konnten, die Garde ausrücken zu lassen ...... und die Garde rückt morgen aus.

Im Original: Jl s'est irritè et enfin a cédé et la garde part demain. (Er [der König] ist in Zorn gerathen und endlich hat er nachgegeben und die Garde rückt morgen aus.)

Die

„Chemnitzer Freie Presse"

erscheint sechs mal wöchentlich in Chemnitz und kostet durch die Post bezogen pr. Quartal 18 Gr. Die „Chemnitzer Freie Presse" vertritt die Principien der social=demokratischen Arbeiterpartei. Originalartikel und Correspondenzen, während der Session Originalbeiträge der Reichstags=Abgeordneten.

Annoncen finden in der „Chemnitzer Freie Presse", welche in Chemnitz und weiter Umgegend in 3000 Exemplaren verbreitet ist, wirksamste Publikation.

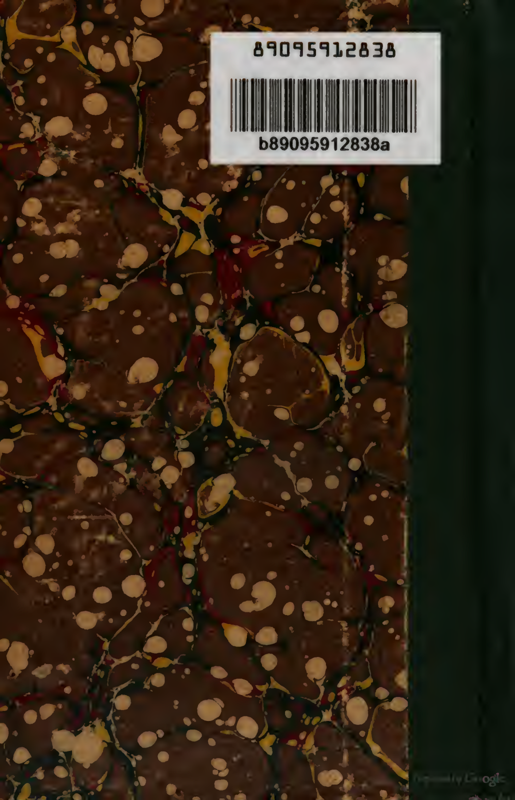
Der Sonntagsnummer werden gratis die

„Chemnitzer Raketen"

humoristisch=satirische Beilage

beigegeben. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger entgegen.




89095912838
b89095912838a